

Kemptener Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Briefen ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M. in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpfeifene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg. die halbpfeifene Anzeigenseite 40 Pfg., Ausnahmungsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedeutend geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— M. das Laublad, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zude.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 40

Donnerstag, den 7. April 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 8. April, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung

1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
2. Haushaltsplan,
3. Aufhebung der an die Geldbewilligung für Notstandsarbeiten geknüpften Bedingungen
4. Weiterbeschäftigung des Herrn Hilfslehrer Siegmann,
5. Beschlussfassung über die Höhe der Beiträge zur Berufshalle für 1932.
6. Kenntnisnahmen,
7. Bewilligung von Mitteln für den Ausbau der Dübener Straße,
8. Bewilligung von Mitteln für den Ankauf einer fahrbaren Leiter für die Feuerwehr,
9. Wahl eines Sportauschusses,
10. Festlegung der Strompreise.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Wahlberechtigte haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlagen, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlagen sind ungültig. Kemberg, den 6. April 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Auden.

Freibankfleischverkauf.

Freitag, den 8. April, von 4—6 Uhr nachmittags Schweinefleisch in rohem Zustande. Das Pfund kostet 0,30 RM.

Kemberg, den 6. April 1932.

Der Magistrat.

Der Auskauf von Branntwein

und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein ist für Sonntag, den 10. und Sonntag den 24. April 1932 verboten. Kemberg, den 7. März 1932.

60) Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Genfer Zweimonats-Bilanz.

Deutschlands Ziele.

Am 11. April beginnen in Genf erneut die Abrüstungsverhandlungen. Nach dem ersten Stadium der Konferenz ist es notwendig, die Hauptgesichtspunkte der bisherigen und der kommenden Verhandlungen aufzuzeigen. Die Konferenz hat mit einer Generaldiskussion begonnen, die 2½ Wochen dauerte und in der die Vertreter der meisten an der Konferenz beteiligten Staaten mehr oder weniger ausführlich die Aufgaben der Konferenz, wie sie sie sehen, entwarf und Vorschläge hinsichtlich der allgemeinen Abrüstung gemacht haben. Das Ergebnis dieser langen Reihe von Reden kann man kurz dahin zusammenfassen, daß zahlreiche Staaten Abrüstungsvorschläge gemacht haben, die über das im Konventionstext der Vorbereitenden Abrüstungskommission Vorgehene erheblich hinausgehen. Auch die deutsche Regierung hat der Konferenz eine Serie von Vorschlägen vorgelegt.

Der Inhalt dieser Vorschläge läßt sich dahin resumieren, daß die entscheidendsten Bestimmungen über die Einwirkung Deutschlands aus dem Verfallener Vertrag zu einem klar gezeichneten System von Vorschlägen für die allgemeine Abrüstung verarbeitet wurden. Man kann sagen, daß die deutsche Regierung mit dem am 18. Februar 1932 der Konferenz überreichten Vorschlägen ebenso wie sie das im Jahre 1928 in der Form der sogenannten Bemerkungen des Grafen Bernstorff getan hat, die Forderung an die Konferenz aufstellte, die allgemeine Abrüstung müsse sich nach den Maßstäben und Methoden der deutschen Abrüstung vollziehen, d. h. also dieselben Abrüstungsfaktoren, die Deutschland verboten sind, vor allem die ausgebildeten Kernkraft, die schweren Angriffswaffen (Panzer, schwere Geschütze, Flugzeuge, Unterseeboote usw.), müssen auch den anderen Staaten verboten werden. Denselben Abrüstungsfaktoren, die bei Deutschland beschränkt sind, wie das Kriegsmaterial des Landheeres (insoweit das im Dienst befindliche wie das in der Reserve, muß, bei den anderen Staaten in gleicher Weise beschränkt werden. Die deutschen Vorschläge stellen somit die Forderung nach der Methodengleichheit der Abrüstung für alle Staaten auf. Sie gehen aus von der Grundidee der deutschen Abrüstungspolitik, der des Anspruchs auf volle Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten mit den noch nicht entwaffneten in den Fragen der Abrüstung.

Es liegt auf der Hand, daß ein tatsächlicher Ausgleich der Rüstungen zwischen den abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten Staaten nur erfolgen kann, wenn auf der einen Abrüstungskonferenz die gleichen Abrüstungsmethoden für alle Staaten festgelegt werden. Der Konventionstext der Vorbereitenden Abrüstungskommission sieht verschiedene Methoden für die abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten

Staaten vor. Dies bedeutet eine schwere Verletzung des Prinzips der Gleichberechtigung, denn es ist klar, daß, wenn Deutschland die entscheidendsten Waffen des modernen Krieges, besonders die Flugzeuge, die ausgebildeten Kernkraft und das Kernmaterial verboten, diese Dinge den anderen Staaten aber weiterhin gestattet bleiben sollen, ist ein Ausgleich der Rüstungen und die Herbeiführung eines gleichmäßigen Rüstungsstandes in Europa und der Welt niemals ergeben kann. Eine so durchgeführte allgemeine Abrüstung, die einer Schwächung des Abrüstungsproblems gleichkäme, würde bedeuten, daß die schon abgerüsteten Staaten weiterhin in einen Zustand entehrender Disqualifizierung und tatsächlicher militärischer und politischer Unsicherheit verbleiben müßten.

Wenn die allgemeine Abrüstungskonferenz es ablehnt, für die noch nicht abgerüsteten Staaten die Abrüstungsmethoden der Friedensverträge zu übernehmen, so ist die selbstverständliche Forderung der abgerüsteten Staaten, daß sie an dem Abkommen über die allgemeine Abrüstung zu vollen gleichen Rechten teilnehmen, d. h. daß die Bestimmungen dieses Abkommens für sie an die Stelle der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge treten. Keinesfalls kann die Aufrechterhaltung von Sonderbestimmungen für die schon abgerüsteten Staaten in Frage kommen. Dies ist der Kernpunkt der deutschen Position in Genf. Daß die abgerüsteten Staaten die volle Übernahme der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge durch alle übrigen Staaten fordern, ist nicht selbstverständlich. Schon aus finanziellen Gründen muß ihnen daran gelegen sein, daß der Rüstungsausgleich zwischen ihnen und den anderen Staaten nicht auf dem Wege der Heraushebung ihres eigenen Rüstungsstandes, sondern durch die Herabsetzung des Rüstungsstandes der anderen erfolgt. Die abgerüsteten Staaten haben ein vitales Interesse an einer wirksamen und nicht schwebenden Abrüstung der anderen Staaten, d. h. an der tatsächlichen allgemeinen Abrüstung. Aber dieses Interesse an der allgemeinen Abrüstung ist nicht Interesse um jeden Preis, ist nicht ein Interesse ohne jede Bedingung. Man kann von den abgerüsteten Staaten nicht erwarten, daß sie, die über ein Jahrzehnt die Last der Abrüstungspolitik allein getragen haben, sich für alle Zukunft zu den desinteressierten Trägern des Abrüstungsproblems machen. Natürlicherweise sind sie vorsichtig und haben zurecht für die Herbeiführung der für die Welt so nötigen Abrüstung. Aber wie lange und bis zu welchem Grade sie das bleiben können, liegt bei den noch nicht abgerüsteten Staaten, wird durch die Verhandlungen der allgemeinen Abrüstungskonferenz entschieden werden. Die Verantwortung der auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen, soweit sie die nicht-abgerüsteten Staaten vertreten, ist eine doppelte. Einmal gegenüber den schon abgerüsteten Staaten, die die Möglichkeit der Abrüstung praktisch gezeigt haben und die nach einem Wort des Reichstanzlers Brüning bisher allein die Opfer des Abrüstungsgedankens sind, sondern auch gegenüber dem Abrüstungsgedanken überhaupt.

Es ist klar, daß, wenn die Abrüstungskonferenz nicht zu einer für die abgerüsteten Staaten tragbaren Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung gelangt, der Gedanke der Abrüstung an sich aus schwerer Kompromittierung würde. Sieht man in der Beilegung des Westrisens und im Abbau der Rüstungen auf ein gerechtes Maß, in der Herbeiführung eines Rüstungsausgleichs und dem in der Beilegung zahlloser und gefährlicher politischer Spannungen eine Notwendigkeit für den zukünftigen Frieden und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt, so darf man sich nicht verhehlen, daß alles dieses nur erreicht werden kann, wenn den abgerüsteten Staaten auf der Abrüstungskonferenz wirkliche Gerechtigkeit widerfährt.

Dingeldes an Hugenberg.

Ein Vorschlag des Führers der Volkspartei.

Berlin, 5. April.

In einem offenen Brief an den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg schreibt der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, u. a.:

„Zur Erreichung des Gesamtzieles aller bürgerlichen Kreise kann nicht die Rückkehr auf die eigenen Parteinteressen entscheidend sein, sondern die Überlegung: Welcher Weg kann unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Beachtung auf jedes verlebende Freiheitsbedürfnis die Erlangung aller nationalen bürgerlichen Stimmen sicherstellen?“

Dah mache folgenden Vorschlag:

1. Die deutschnationalen Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Einigung teilzunehmen

Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in der Wahlkreise untereinander verbunden; die Reststimmen gehen auf eine gemeinschaftliche preußische Landesliste.

2. Für die Aufstellung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Beachtung auf keine Parteiorgane kein anderer Ausgangspunkt gefunden werden als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom September der 1930 darstellt.

3. Für den Fall Ihres Einverständnis, das mit mir nicht auf die drängende Zeit aus telephonisch übermittelt werden konnte, erlaube ich mich, sofort eine Zusammenkunft bei Führer alter in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Käme es zu einer solchen Umwandlung auf Grund meiner Vorschläge, die bei gutem Willen und bei genügender Großzügigkeit auf allen Seiten auch jetzt noch erreichbar ist so würde die politische Schlagkraft des nationalen Bürgertums bei der Gestaltung der Dinge in Preußen und darüber hinaus zu dem erhofften Erfolge führen.“

Deutschnationale Antwort an Dingeldey

Auf den Vorschlag Dingeldes, die Listen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verbinden und nach dem Stimmverhältnis vom 30. September 1930 die Reststimmen zu verrechnen, hat der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover in einem seiner persönlichen Verantwortung entlassenen Schreiben geantwortet, daß Dr. Hugenberg bereits nach Süddeutschland abgereist ist. Schmidt-Hannover fixiert noch einmal den Sinn des hugenbergschen Vorschlages, weist dann darauf hin, daß die zwischen Zentrum und DNVP bestehenden Gruppen durch ihre in den letzten Jahren betriebene Politik nachweislich lokal Widerpruch und Ablehnung selbst in eigenen Reihen erfahren hätten, daß die früheren Stimmverhältnisse nicht mehr als machtpolitische Maßstab dienen könnten. Herr Dingeldey habe seine neueste Einstellung zu einem Zeitpunkt bekanntgegeben, der er selbst wisse, es reinlich nicht unmöglich mache, die etwa in Betracht kommenden Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzuführen. „Unter diesen Umständen wird Ihr nach Ihrer bisherigen Haltung überlassener Brief von vielen als ein Verzicht aufgefaßt werden, sich in letzter Stunde der Verantwortung für die Ablehnung des deutschnationalen Sammlungsvorschlages zu entziehen.“ Es sei im übrigen anzunehmen, daß Dr. Hugenberg noch persönlich zu dem Brief Dingeldes Stellung nehmen werde.

Die Hausung der NSDAP.

Material an den Oberreichsanwalt weitergeleitet.

Berlin, 5. April.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, es hätten sich aus dem bei der Nationalsozialistischen Partei beschlagnahmten Material Anhaltspunkte dafür ergeben, daß hoch- und landesverräterische handlungen (Vertraulichkeit Geheimnisse durch Führer der Nationalsozialistischen Partei) vorgenommen worden seien. Der Polizeipräsident in Berlin hat das entsprechende Material dem Oberreichsanwalt überreicht.

Einzelheiten können wegen der gesetzlichen Bestimmungen über die Strafverfahren in Landesverratsachen (§ 11 des Gesetzes vom 3. 6. 1914) nicht mitgeteilt werden.

SA-Räume des Berliner Parteibüros geschlossen

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, werden die Räume der SA und SS im Parteibüro des Gaus Berlin der NSDAP bis auf weiteres geschlossen. Die Gaubüro-Räume bleiben von dieser Maßnahme unberührt.

Räumung am 5. April.

Der Polizeipräsident hat dem Gau Berlin der NSDAP eine Verfügung zugestellt, in der unter Bezugnahme auf die bekannten Vorgänge am 2. April und unter genauer Beschreibung der einzelnen Räume, die der SA zur Verfügung stehen, angeordnet wird, daß diese Räume bis zum 5. April mittags 12 Uhr zu räumen sind. Falls der SA nimmere andere Räume zur Verfügung gestellt werden sollten, würde der Polizeipräsident das ganze Haus der SA einschließlich aller Büroräume usw. schließen.

Die Polizeiaktion gegen die NSDAP.

Erster Bericht des preussischen Innenministers über die Untersuchung des bei der Hausung beschlagnahmten Materials.

Berlin, 6. April.

Der preussische Minister des Innern, Severing, veröffentlichte eine außerordentlich umfangreiche Mitteilung über die Untersuchung des bei der Polizeiaktion gegen die NSDAP beschlagnahmten Materials. Darin heißt es u. a.:

„Die Nationalsozialisten entfallen nach eingehenden genauen Nachforschungen in ihrem Log. Nachrichtendienst eine Spitzeltätigkeit, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden kann. Das Schwergemicht dieser Tätigkeit liegt bei den „Rezenten“ der Untergruppen (Gauführer), denen besonders befohlene Nachrichtenwart bei den Standarten (Regimenten der SA) und Sturmabteilungen (Bataillionen) als Hilfsorgane zur Verfügung stehen. Nach einem Befehl dieser Abteilung ist der Untergruppen-Führer Schmitt in Frankfurt a. D. vom 2. Februar 1932 hat sich das Nachrichtenwesen auf jede Tätigkeit befreundeter oder inkompatibler Verbände, die die Tätigkeit des Staates und einer förmlichen Organe wie Regierung, Polizei, Reichswehr, sowie auf die Tätigkeit der Gegner zu erstrecken. Zur laufenden Ergänzung einer bei der Untergruppe angelegten Kartei ist ständig über die Tätigkeit der einzelnen Organe und Führer zu berichten; bei den Hauptorganen ist nach Möglichkeit die politische Einstellung, eventuell gegnerischer Art, festzustellen und zu melden.“

In Berlin, Köln, Hamburg, Oberhausen, Essen, Wuppertal, Altona, Harburg-Wilhelmsburg, z. B. sind genaue bis ins Einzelne gehende Aufstellungen über

Stärke, Gliederung und Ausrüstung und Bemanning der Polizei.

über Namen, Anschrift und politische Einstellung von Offizieren und Beamten der Schutzpolizei, auch der politischen Polizei usw. gefunden worden, die nach übereinstimmend gelieferten Fragebogen aufgestellt sind.

Nach kommunistischem Vorbild, so heißt es dann in der amtlichen Mitteilung weiter, werde aber auch offene Betätigungsbetriebe. U. a. sei ein in Berlin verbreitetes, an die Berliner Schutzpolizei gerichtetes Flugblatt gefunden worden, in dem es u. a. heißt: „Rein kommunistisch darf ein Nationalsozialist nicht sein. Rein Bißlienschuß gegen die für uns mitkämpfende SA.“ Unterzeichnet ist dieses Flugblatt „Die nationalsozialistischen Polizeibeamten Berlins“.

Nach einer in Hannover gefundenen Aufzeichnung werden als

medelieferliche Gegenstände

bezeichnet: Bahnschutzpanzerzüge, Bahnfunkanlagen, Postverteilungen, Postfunkanlagen, Flugblätter, Fluchübergänge über Erde und Wasser, alles mit genauen Einzelheiten. Ergänzt und erläutert werde dieses Meldewerk durch einen in Göttingen gefundenen Befehl, in dem als „Arbeitsgebiet für 1.“ u. a. bezeichnend werden: politische Parteien aller Art, Kampfbereitschaft, Kurierdienst aller Arten, der Parteien, Gegnerpersönlichkeiten und Führer, Zeitungsleute der Gegnerpresse, private Ueberwachung, Waffentransporte, Leubungen der Gegner, Telegraphen, Fernsprechzentralen, Radioantennen, politische Einstellung der bedienenden Personen, Flugblätter, Paß der Maschinen, Einstellung der Kräfte und des Hofpersonalen, Verlaufs, an die Bediensteten heranzukommen, besondere Aufmerksamkeit für das Postwesen, Bahnschutz usw.

In einem aus dem März 1932 stammenden, in Wiesbaden gefundenen Befehl heißt es u. a.: „Da infolge der Reichspräsidentenwahlen, besonders bei einem Siege des nationalsozialistischen Kandidaten, mit einem Einbruch der SA. gerechnet werden muß, muß das Nachrichtenwesen, insbesondere auch der eigenliche Nachrichtendienst, schnellstens ausgebaut werden.“

Auch der technischen Ausgestaltung eines umfangreichen Nachrichtenwesens sei in der letzten Zeit gleichfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden, und zwar unter Einfluß aller nur denkbaren Nachrichtenmittel einschließlich Briefkästen und Blinkverbindungen. Ein über das ganze Reich sich erstreckendes Relaisdienst sei festgestellt worden. Auch über die Errichtung eines eigenen Fernübersehers mit Kurzwellenendern sei verschiedenes bekanntgeworden.

Neuerdings werde der Aufstellung besonderer Spezialformationen Gewicht beigelegt und vor allem die Aufstellung von Pioniertruppen betrieben. Es werden dann einige Anfragen von Stürmen an untergeordnet Stellen aufgeführt, die zeigen, daß genaue Feststellungen gemacht wurden, welche SA-Beute im Waffendienst ausgebaut sind. Die Befandnahmen an Feststellungen scheinen in allen Teilen des Reiches Anfang März 1932 eine besondere Rolle gespielt zu haben. In einem Gaufurmbefehl sei auch die Beschaffung von Eisernen Rationern angeordnet worden. Auch mit der Vorbereitung von Waffenquartieren habe man sich befaßt.

Alle diese Vorbereitungen, die mit besonderer Nachdruck gerade einige Wochen vor der Reichspräsidentenwahl gefördert wurden, gemäßen ihre besondere und erhöhte Bedeutung, wenn man sie im Zusammenhang mit der in Böttlingen gefundenen Weisung, das mit einem Einbruch der SA. gerechnet werden müsse, betrachte, und wenn man weiter die aus diesem Anlaß näher erhobene Bedeutung der

drei Alarmstufen

für die SA. abwäge. Alarmstufe A = erhöhte Aufmerksamkeit, alles zu Hause bleiben, Befehle abwarten; Alarmstufe B = Zusammenziehen der Truppe; Alarmstufe C = Mobilmachung. C erfordert volles Gepäck, Dienstanzug der verdienst mitgeführt wird, Eiserne Ration, Verpflegung für mindestens drei Tag.

Es folgen dann in dem Bericht verschiedene SA-Befehle für den Dienst am Wahltag. Danach müssen sich die Stürme mit dem 13. März mit Verpflegung für zwei Tage, verpacktem Dienstanzug usw. ausrüsten. „Allen diesen Beobachtungen und Feststellungen gegenüber muß“, wie es dann weiter heißt, „die Motivierung des von der obersten SA-Führung gegebenen Alarmbefehls mit dem Wunsch, durch Zusammenhaltung der SA-Beute Zusammenziehen auf der Straße vorzubehalten, mehr als sonderbar erscheinen.“ Am 12. März im Kreis Einbeek beobachtet und unterbreitete T a n s p o r t v o n M i l i t ä r t r a f f e n und die Auffindung eines schweren Waffengewehrs sowie von Infanteriegewehren mit Munition bei dem Kreisleiter der NSDAP in Salzwedel am 13. März sowie die fast tägliche Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten erhalte im Zusammenhang damit ganz erhebliche Bedeutung. Auch seien in Berlin Stützen über die Lagerung von Bahnschutzwaffen auf dem Gelände des Potsdamer Güterbahnhofs gefunden worden, die durch genaue Beschreibung der Möglichkeiten, wie man dieser Waffen habhaft werden könne, ergänzt wurden.

Die Nationalsozialisten hätten im übrigen offenbar weitgehende Vorbereitungen für den Fall der Machtübernahme getroffen. Eine Reihe von Unterlagen wies darauf hin, daß an Hand von sehr ins einzelne gehenden Fragebogen Ueberlichten über alle in Frage kommenden öffentlichen Behörden sowie über alle lebenswichtigen Betriebe geschaffen worden seien. Besonders aufschlußreich in dieser Beziehung sei eine viele Seiten lange, bis in die kleinsten Einzelheiten sich vertiefende Ausarbeitung über den

Mobilisierungsplan

für die lebenswichtigen technischen Betriebe der Stadt Wiesbaden. Selbst die zu entfernenden Beamten und Angestellten und der neue Leiter seien schon namentlich darin festgelegt worden. Von Bedeutung sei auch die gegebenenfalls geplante Unbrauchbarmachung gewisser Wasserleitungen durch Ausschneiden oder Zulaß von Antikristallen zur Beunruhigung freitender Arbeiter.

Eine Erklärung des preußischen Innenministers

An die Uebergabe des Berichtes über das Ergebnis der Sausuchungen an die Presse schloß sich eine Erklärung des preußischen Innenministers Seegering. Er ging einleitend auf das beschlagene Material ein und betonte dann, daß Nachrichten über nationalsozialistische Aufschüßler bereits früher an ihn gelangt seien. Der Brief des Reichsinnenministers Groener vom 8. März sei am 10. März zur

Kennntnis Seegerings gelangt. Seegering ließ, so schilderte er weiter den Verlauf der Dinge, den Reichsinnenminister sofort um eine Unterbrechung bitten, die am 11. März stattfand. Er erklärte Groener, er lege den Nachrichten keine größere Bedeutung bei als früher. Groener möge aber dafür sorgen, daß der Panikstimmung, die sich in den abteilenden Warrungen offenbare, entgegengetreten würde. Seegering erklärte am gleichen Tage an die Polizeiverwaltungen das Erläutern des Berichtes entgegenzutreten, als ob die Nationalsozialisten einen Aufschüßler beabsichtigten. Er fügte aber hinzu, die Polizei solle mit dem letzten Mann und der letzten Waffe den etwaigen Verbrechen entgegenzutreten, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören.

Der 12. und der 13. März verliefen ruhig. Dann kamen von den Regierungspräsidenten von Schleswig, Hildesheim, Magdeburg und aus einigen anderen Bezirken Meldungen über die Feststellung von nationalsozialistischen Truppen von Nationalsozialisten. Diese Meldungen veranlaßten Seegering, die Hausdurchsuchungen anzuordnen.

Der Minister sprach dann sehr eingehend über die den Nationalsozialisten zugedehnten landesverräterischen Pläne. Das gesamte Material sei dem Oberreichsanwalt zugewendet worden. Seegering erklärte weiter, die Regierung werde es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß unter dem Deckmantel politischer Erziehung Rüstungen für eine Propaganda betrieben würden, die innerpolitisch zu einer großen Gefahr geworden sei und auch sonst eine Gefahr zu werden drohe. Mit der gemäßigten Erregung der Sturm-Abteilungen des SA-Staffes sei es vorbei. In der Beurteilung des Sachverhalts seien sich die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen — um nur diese zu nennen — völlig einig, und sie seien durchaus geneigt, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.

In der Begründung heißt es u. a., die Schließung erfolge, „weil von diesen Räumen aus eine Vielzahl von Personen aus politischen Bewegungen und zu politischen Zwecken gemeinsam Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen hat“.

Der Moskauer Anschlag.

Prozess gegen die Attentäter auf Twardowski.

Moskau, 5. April.

Der Prozess gegen die Attentäter des deutschen Botschaftsrats von Twardowski, Stern und Wajlsch, die bekanntlich einen Anschlag auf den deutschen Botschafter vor Dorken planten, diesen aber veranlassen, hat in Moskau begonnen.

Den Vorsitz führt der Präsident des Militärkollegiums des Obersten Gerichtshofes, Ulrid; die Anklage vertritt der Volkskommissar für die Justiz, Krepelov, der gleichzeitig Oberstaatsanwalt ist. Das Gerichtsgebäude ist durch starke Truppenabteilungen gesichert. An dem Prozess nimmt neben der sowjetischen auch die Auslandspresse teil. Dem Verlauf des Prozesses sieht man in Moskau mit Spannung entgegen.

In der Voruntersuchung konnten die Hintergründe des Moskauer Attentats nicht völlig geklärt werden. Beide Ankläger, Stern und Wajlsch, wollten angeblich durch das Attentat der Moskauer Regierung Schwierigkeiten in ihren außenpolitischen Beziehungen schaffen, mit dem Ziele der herbeiführung einer Intervention europäischer Staaten in Rußland, in deren Verlauf die Sowjetregierung gestürzt werden sollte. Daß sie gerade auf einen deutschen Diplomaten, es abgesehen hatten, begründeten die Angeklagten damit, daß nach ihrer Meinung Deutschland das einzige Hindernis für eine Intervention sei. Durch die Ermordung des deutschen Botschafters (auf Twardowski erfolgte das Attentat nur in der Annahme, daß man Herrn von Dorken selbst vor sich hatte) glaubten sie die Beziehungen mit Deutschland zu grundlegend zu stören, daß dieses für eine Intervention kein Hindernis mehr bilden könnte.

Aus eigener Initiative dürften die Attentäter der Attentatsplan nicht geschmiebet haben. Nach Ansicht des Moskauer Staatsanwaltschaft sind die Anführer vielmehr in den russischen von e l g a r d i t s c h e n Kreisen zu suchen die letzteren nach Polen ausgemandert sind und von dort aus ihren Kampf gegen die Sowjets führen. Auf Veranlassung dieser Kreise soll, wie die Anklageschrift behauptet, auch die Ermordung eines höheren russischen Offiziers im Jahre 1928 verübt worden sein. Damals wurde u. a. eine Frau namens Ljubarskaja und ihr Verwandter Leo Ljubarski von der GPU erschossen. Ein Verwandter von diesen Ljubarski ist im Jahre 1920 nach Polen ausgewandert, nahm die politische Staatsbürgerrechte an und wurde später im Moskauer Finanzministerium. Dieser soll nun einige Zeit vor dem Attentat unerkannt nach Moskau gekommen sein und sich nach den Befragungen der Staatsanwaltschaft der eigentliche spiritus rector des Attentats. Die Anklage fügt diese Behauptung auf die Aussage eines ebenfalls im Zusammenhang mit dem Attentatsverlauf verhafteten Schwagers, des Generals Denikin, der ebenfalls politischer Waffentatung sein soll.

Das Ergebnis der Vorkonferenz.

... nicht vermischt, einen Abbruch zu erreichen.“

London, 5. April.

Nach Beendigung der englisch-französischen Ministerzusammenkunft wurde von englischer Seite eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Viermächtekonferenz nicht verlast hätten, einen Abbruch zu erreichen. Sie seien überzeugt, daß die Darlegung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sei, noch, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Abstützung der Interzessbrücker Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donauländer ermöglichen.

Die Erörterungen galten hauptsächlich den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, denen die Donauländer gegenübersehen. Die Minister der beiden Länder sind der Ansicht, daß die Fragen, die sie unterzucht, nur durch ein allgemeines Abkommen internationalen Charakters gelöst werden können, und daß für diesen Zweck eine eng und herzliche Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Mächte, die sich am Mittwoch treffen, notwendig ist. Die englisch-französischen Verhandlungen in der Donauinfre wurden am Donnerstag um 5.30 Uhr beendet. Tardieu und Flaubin führen gemeinsam im Kraftwagen nach dem Hubert-Hotel zurück. Tardieu trat nach

am Montagabend die Rückreise nach Paris an, wo er am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr Paris eintraf, am am Mittwochabend bereits mit einer großen Rede den Wahltampf zu eröffnen.

Einem Vertreter der Agentur Haas gemährte Tardieu am Montag eine kurze Unterredung, in der er die „vollkommene Uebereinstimmung der englischen und der französischen Auffassung über die Schwere der europäischen Krise und die Notwendigkeit ihrer Behebung“ unterstrich. Es ergab sich die wirtschaftliche Biederarüstung zu sichern. Es handele sich dabei um ein Programm, dem sich alle Mächte ohne besondere Schwierigkeiten anschließen könnten. Von einem gemeinsamen englisch-französischen Vorschlag für eine Rede, jedoch beehrte er die Ansichten für die Donauländer optimistisch.

Zufriedenheit in Paris.

Auch Polen und die Schweiz als „Großmächte“.

Paris, 6. April.

Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat ganz plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unerschütterlichen Zuversicht Platz gemacht. Alle großen Blätter unterrichten besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Modalitäten zur Vermittlung des wirtschaftlichen Zusammenstoßes der Donauländer vollkommen einig geworden seien, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängige, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

Selbst der außenpolitische Berichterstatler des „Echo de Paris“, Bertinaz, begrüßt den Ausgang der Besprechungen, die eine lohnendste günstige Wendung genommen hätten.

Außerdem dürfe man in Zukunft unter Großmächten nicht nur Frankreich, England, Italien und Deutschland verstehen, sondern müsse auch Polen und die Schweiz mitzählen, die ausdrücklich darauf bestanden hätten, mit zu Rate gezogen zu werden.

Auch der „Petit Parisien“ bezeichnet den Ausgang der Besprechungen als so günstig wie nur eben möglich. Im gegenseitigen Gedankenaustausch habe sich über fast alle Punkte des Programms Uebereinstimmung erzielen lassen.

Es bleibe nur noch zu hoffen, daß die Vertreter Deutschlands mit anderen Vorschlägen zur Viermächtekonferenz kämen als denjenigen, die bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten Wochen zutage getreten seien. Das „Journal“ zieht aus der gemeinsam veröffentlichten amtlichen Mitteilung ebenfalls die Schlusfolgerung, daß man nunmehr auf beiden Seiten die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Neuorganisation Mitteleuropas bei einigem guten Willen sehr rasch durchgeführt werden könne.

Reichspräsidentenwahl

Zweiter Wahlgang.

Paul von Hindenburg Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Weimar	○
Adolf Hitler Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München	○
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	○

Zur Wahl in Breußen

Eine deutschlandweite Erklärung.

In einer Erklärung der DNVP wird auf die Bemühungen der dergeligen Regierungskoalition Bezug genommen durch die Aenderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtages die bisher für die Wahl des Reichspräsidenten geltenden Bestimmungen dahin abzuändern, daß dem neuen Landtag das Recht, die derzeitige Regierung durch eine andere zu ersetzen, künstlich beschränkt wird. „Seber Verlaß zur Durchführung eines solchen parteipolitischen Triugs“, so heißt es weiter, „würde von Millionen Deutschen als willkürliche Vernichtung der politischen Rechtfertigung aufgefaßt werden und deshalb die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Preußen auf das schwerste gefährden. Da es zwecklos ist, sich in dieser Sache an die preussische Regierung zu wenden, die im gegenwärtigen Wahltampf in der Rolle des Angeklagten dasteht, muß um es einbringlicher an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung appelliert werden, damit diese von vornherein jeden Versuch unterbinden, die preussische Wählererschaft durch eine parlamentarische Schiebung eines bereits zu Ende gegangenen Parlamentes in ihren politischen Rechten zu schädigen.“ Die gleiche Verpflichtung trage die Reichsregierung gegenüber allen Verleuten den preussischen Staatsapparat und besonders die preussische Polizei nicht brüchlich zu einseitiger Beschränkung der Wahlfreiheit der Opposition zu beugen. Die Reichsregierung habe besonders die Pflicht, durch vorbeugende Maßnahmen jeden Mißbrauch sowie des logenannierten Auftrages der Presse und die willkürliche und einseitige Verhängung von Redeverboten, Zeitungs- und Flugblattbeschlagnahmen zu verhindern.

Graf Czernin †.

Wien, 6. April.

Wraf Oskar Czernin, der frühere Außenminister des alten Oesterreich und Vertrauensmann des damaligen Kronfolgers Franz Ferdinand und des Kaisers Karl, ist in seiner Wiener Wohnung einem Herzschlag erlegen. Er lag an seinem Schreibtisch, um einige Papiere zu erledigen, dann stand auf, ging einige Male unruhig hin und her und sank im nächsten Augenblick leblos zusammen. Die bedeutendsten Abschnitte seiner außenpolitischen Tätigkeit sind die geheimen Friedensverhandlungen, die er zusammen mit dem Prinzen Sigis von Parma führte, sowie der Abbruch der Friedensverträge mit Rumänien und Rußland.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 6. April 1932

In der Nacht vom Montag zum Dienstag gegen 1/1 Uhr wurde ein sehr starker Feuerstoß in Richtung Gabig-Dorna bemerkt. In der Annahme, daß die Brandstelle sich in Gabig befindet, rückte die Feuerwehr zunächst mit der Landpörsche aus. Kurz nachher wurde jedoch von Wittenberg aus die Motorbrücke alarmiert, da in Dorna die bekannte Walzenmühle der Gehr, Wirtz in Brand geraten war. Der gewaltige Feuerstoß hatte das Erdbecken fast aller benachbarten Feuerwehren veranlaßt. Die Ursache angetreten ist äußerst schwierig, weil die Mühle außerhalb des Ortes liegt und daher nicht genügend Wasser vorhanden war. Erstreckungswiese führen aber die Gespann-inhaber ununterbrochen Wasser aus dem Dorfsech an. Es war aber nicht zu verbinden, daß Speiser und Mühle vollständig ausbrannten. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist das Feuer durch Selbstzündung entstanden.

Bundesjubiläum 1933 in Döben. In einer am Sonntag in Wittenberg stattgefundenen Vorstandssitzung des Schützenbundes im Kurkreis Wittenberg fiel die Wahl des Bundespräsidenten 1933 auf Döben. Die Schützenjubiläum von 1911 hat die Durchführung des Bundesjubiläums übernommen. Da sich der Schützenbund auch dem Provinzial-Schützenbund angeschlossen hat, fällt gleichzeitig mit dem Bundesjubiläum auch das Gaujubiläum nach Döben. Das bedeutet ein besonderes schiefspöttliches Ereignis, das auch viel Fremde heranziehen wird.

* Der Bürger-Verein traf am Dienstag, den 29. März, im Sachmannischen Lokale mit seinen Mitgliedern zusammen, um eine Märzversammlung abzuhalten. Der 1. Vorsitzende, H. Uebler, begrüßte die Anwesenden. Einleitend ging man zur Tagesordnung über. Dann erfolgte die Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder, u. a. des Herrn Bürgermeisters Gerber. An häßlichen Angelegenheiten wurden viele Wünsche besprochen. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 26. April, abends 8 Uhr in der Hofbahnstraße statt. Sämtliche Mitglieder werden jetzt schon dazu höchlich eingeladen.

Gebührenermäßigung der Angelerarten für Erwerbslose. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat den Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger für 1932 auf die Erwerbslosen zum Festhalten (Angelerarten) eine Ermäßigung der Gebühren um 50 Prozent eingeräumt. Diese Vergünstigung ist jetzt auch auf die Invalidentageempfänger, Kriegs- und Luftalbesoldigte inwieweit ausgedehnt worden, als deren Rechte für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger vorgezogenen Rücksicht nicht übersehen. Anträge sind bei dem Preussischen Domänen-Nemtant in Magdeburg zu stellen.

Wieseritz. (Wieder für über 500 Mann Arbeit.) Die Stiefwerkzeuge in Wieseritz haben ihre Lagerbestände bis auf 1500 Tonnen herabmindern können. Da damit die Lager erheblich geleert sind, konnte die Verteilung wieder verfeinert aufgenommen werden 500 Mann der im Vorjahr entlassenen Belegschaft wurde neu eingestellt. Drei Karbidböhren sind wieder in Betrieb genommen. Die Folge der Verteilung in Wieseritz ist eine Belebung im reichseseigen Großkraftwerk Golpa-Stronowitz, daß für Wieseritz die benötigten Strommengen herstellt. Hier konnten zunächst wieder 50 Mann neu eingestellt werden.

Döben. Ein besonderes pferdeböchtliches Ereignis verspricht das diesjährige Reit- und Fahrturnier zu werden, das der Dübener Reit- und Fahrverein am 3. Juli als Kreisreitturnier ausrichten wird. Es handelt sich also um eine Veranstaltung der gesamten Vereine im Kreise Bitterfeld, deren Durchführung lediglich dem Dübener Verein übertragen worden ist. Man kann daraus erkennen, daß die Beteiligung diesmal außerordentlich stark sein wird. Die Torgauer Reichswehr hat ihr Erscheinen ebenfalls schon zugelangt. Die Veranstaltung erhält eine besondere Zugkraft wieder durch die Mitwirkung der Zöllnerauer Regimentkapelle vom K. R. 10, die schon im vergangenen Jahre dem Turniere zu einem großen Erfolge verhalf.

Efter, 4. April. Ein seltener Fung wurde gestern morgen von einigen hiesigen Jungen gemacht. Ihre Aufmerksamkeit erregte eine Krabe, die sich auf eine Wisamratte fützte, welche in der Ecke schwamm. Sofort wurde die Verfolgung mit einem Raub aufgenommen. Nach langer mühsamer Jagd wurde das Tier erlegt. Es ist ein ausgezeichneter Stuch und hat eine Länge von 50 Zentimeter. Die Wisamratte ist bekanntlich durch ihr Unterwiesern von Dämmen ein großer Schädlings.

Wörlitz. (Bürgermeister Wehren.) Gestern früh 4.30 Uhr wurde im Hofe des Dessauer Rathauses vor der alten Rathausküche auf einer Kiste liegend, Bürgermeister Wehrens aus Wörlitz erschossen aufgefunden. Die Wörlitz lag bei dem Toten, der außer einem Wappenstein noch einen Zettel bei sich trug, auf dem er darum gebeten hat, in Dessau eingeschickt zu werden.

Kroßh., 4. April. (Schnelle Aufrüstung eines Einbruchsdiebstahls.) In der Nacht zum Karfreitag bei dem Gemeindevorstander Franzel eingeschuldungene Einbrecher konnte am Freitag ermittelt werden. Es ist ein aus dem Gerichtsgefängnis in Wörlitz bei Rottsdam ausgebrochener 33jähriger Strafgefangener. Er wurde in der Nacht zum 1. April bei einem erneuten Einbruch in Proßhitz bei Leipzig überführt und festgenommen. Die bei ihm gefundenen Gegenstände konnten mit wenigen Ausnahmen, dem Besitzer wieder überbracht werden. Allerdings mußte ein Teil davon erst aus einer Handfläche in Leipzig ausgeliefert werden. Der Täter hatte auf seiner Wanderung von Wörlitz bis Hohenleina schon einige strafbare Handlungen begangen. Außerdem wird er wegen früherer Vergehen bereits von mehreren Behörden gesucht.

Gilenburg, 2. April. Schon seit langer Zeit sind in Gilenburg Gerüchte im Umlauf, die von einer erheblichen Millionenerbschaft wissen wollen, die angeblich nach Gilenburg gefallen sei. Ein Gilenburger hat erfahren hierzu folgende Einzelheiten: Vor ungefähr 33 Jahren starben in Australien zwei Deutsche namens Schöne, die nach dort ausgewandert waren und mit Goldminen viel Glück gehabt hatten. Im Laufe der Zeit hatten die von den beiden

Brüdern angelammelten Summen die Höhe von insgesamt 320 Millionen Mark erreicht, für die lange Zeit hindurch die Erben gesucht wurden. Durch einen Zufall ist dieses Suchen im Herbst vorigen Jahres von Erfolg gekrönt gewesen. Die Nachforschungen haben ergeben, daß insgesamt dreißig Erben für den Schöne'schen Nachlaß in Frage kommen, darunter auch der vor einigen Jahren aus Gilenburg nach Regensburg bei Torgau verjegene Wulff Schöne, der in der Wilhelmstraße wohnte. Seine Tochter ist noch heute in Gilenburg amüßlich und bei einem hiesigen im Aufstehend lebenden Unfallarzt als Hausangestellte beschäftigt. Wie den glücklichen Erben kürzlich von dem deutschen Konsul in Sydney mitgeteilt worden ist, ist die Erbschaft fast reiflos in Aktien (Goldminen, Zinn, Kupfer usw.) angelegt, es soll vorläufig 5000 Millionen in Höhe von fünf Millionen zur Auszahlung gelangen. — Wenn die Meldung des Gilenburger Blattes zutrifft, so haben die Erben immerhin schon bald mit einer recht „häßlichen“ Summe zu rechnen.



Die Kandidatenliste der Landvolkpartei. Auf der Parteiversammlung der Landvolkpartei in Delitzsch wurde beschließen, für die drei Wahlkreise Halle-Merseburg, Magdeburg und Erfurt folgende Kandidaten für die Preußenhaut aufzustellen: 1. Landtagsabgeordneter Steuerjurist Heden, 2. Buntschleier Bodol-Weslau, 3. Landarbeiter Sella-Gatterhof.

Die Nationalsozialisten für den Wahlkreis 11. Halle. Für die Wahl zum Preussischen Landtag am Sonntag, dem 24. April, hat die NSDAP. für den Wahlkreis Halle-Merseburg (Wahlkreis 11) folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: 1. Kurt Schulz, Oberkammant a. D. Berlin-Wilmersdorf, 2. Rudolf Jordan, Gauleiter, Halle a. d. Saale, Albrechtsstraße 22, 3. Hans Weinreich, Kaufm., Angestellter, Merseburg, Gottbardstr. 6, 4. August Hallermann, Landwirt, Jalle a. S., Kurfürstenstraße 11 ufw.

Gesittigt Stadth geht nach Hoppesgärten. Torgau. Am 6. April feiert der städtische Reitklub Stadth, der im November v. J. aus Sparmaßregeln Gründen nach dem Gradiger Gebiet in Winterquartier gelegt worden war, wieder nach Hoppesgärten über, um das Training für die am 1. Mai beginnenden Rennen aufzunehmen. Der Reitklub ist mit 35 Pferden inzwischen vergrößert. Er hat eine hervorragende Saison hinter sich, war er 1931 doch der erfolgreichste Stall; in die neue Saison geht er ebenfalls mit recht guten Aussichten. Als Trainer fungiert wiederum der Engländer Utting, während als junger Jockey Erich Boehle tätig ist.

Mittellandkanalbau gibt Arbeit. Wolmirstedt. Für den Mittellandkanalbau in der hiesigen Gegend ist in der vergangenen Woche wieder eine größere Zahl Arbeiter eingestellt worden. In welchem Umfang die Bauarbeiten in diesem Sommer durchgeführt werden, ist noch nicht festzustellen.

Mordanschlag und Selbstmord. Neuhaldensleben. Ein benachbarter Meißendorfer gab der Fleischergesellschaft ein Foto auf die Tochter seines Meisters, als sie von einem Spaziergang am Sonntag abend heimkehrte, aus einem Revolver zwei Schüsse ab, die das junge Mädchen im Gesicht schwer verletzten. Der Täter verübte hierauf Selbstmord, indem er sich einen Kopfschuß beibrachte und außerdem an einem Astgen im Hof erhängte. Man nimmt an, daß Bebestimmung den jungen Mann zu der Tat getrieben hat.

Fehlbetrag im Kreis Bitterfeld: 5 1/2 Millionen Mark! Bitterfeld. Der Haushaltsplan des Kreises Bitterfeld läßt für 1932/33 mit einem Fehlbetrag von 5 1/2 Millionen Mark ab. Die Kreissteuerumlage soll wieder mit 65 Prozent erhoben werden.

Der Mittellandkanal muß weiter gebaut werden! Magdeburg. Da dem Vernehmen nach die Gefahr besteht, daß der Weiterbau des Mittellandkanals durch Streikung der für das Jahr 1932/33 vorgelegenen preussischen Mittel erneut erheblich verzögert wird, bittet der Magistrat den preussischen Finanzminister in einer Eingabe den Fortgang der Arbeiten nicht durch Verweigerung der Mittel zu unterbinden, sondern durch rechtzeitige Bereitstellung des preussischen Anteils zu fördern. Der Magistrat weist darauf hin, daß Stadt und Unternehmungen im Vertrauen auf die rechtzeitige Fertigstellung des Mittellandkanals für Industrie- und Hafenbauten bisher rund 45 bis 50 Millionen aufgewendet haben. Im Fall der Stilllegung der Bauten würden für Arbeitslosenunterstützung, Wohnbauforderungen, Entschädigungen, Zinsen und Unterhaltung unsertiger Straßen derartig hohe Beträge aufzubringen sein, daß von einer Ersparnis praktisch keine Rede sein könne.

Staatsmittel für Antiegeferlungen in der Provinz. Magdeburg. In Magdeburg heißt der Mitteldeutsche Bauernverband einen dreitägigen Führerkursus ab, an dem auch der Mitteldeutsche Bäcker- und Siedlerverband hervorragend beteiligt war. Es wurden mehrere Referate über berufliche und staatspolitische Fragen gehalten. Den Höhepunkt bildete das Referat des Ministerialdirektors Hollert vom Preussischen Landwirtschaftsministerium. Er erklärte u. a., die Provinzialländliche Landwirtschaft sei dadurch charakterisiert, daß sie einen wirtschaftlich sehr geselligen Besitz guten Bodens an sich gebracht habe, während das kleine und mittlere Bauerntum zwar auf seinen

großen Wirtschaftskreisen, aber auf zu geringer Ackerfläche liege. Vor dem Kriege konnten die Einkommen durch Zulagen in der Industrie vergrößert werden. Das ist jetzt unmöglich, daher sei eine Neuordnung notwendig. Da in der Provinz Sachen Neuaufstellungen im großen Umfang nicht betrieben werden können, soll eine intensive Antiegeferlung betrieben werden, daß heißt eine Erweiterung der jetzt bestehenden jugendlichen Bauernhöfe zu lebensfähigeren Bauernwirtschaften. Die Preussische Regierung sei entschlossen, die Mittel für ein umfangreiches Programm der Antiegeferlung in der Provinz Sachsen bereit zu stellen, und mit verstärkten Kräften an diese Aufgabe heranzugehen.

Oberburgfrieden verhindert Bismarckfeier. Porey (Kr. Jerichow I.). Die Bismarckfeier der Deutschnationalen Volkspartei, die hier am 1. April stattfinden sollte, wurde vom Landrat mit Rücksicht auf den Oberburgfrieden nicht anesemigt.

Arbeitslosigkeit führt zur Tragödie. Leipzig. Zu der graugrünen Blützeit in Seebentich bei Martrisch, wo am Sonnabend vormittag der Arbeiter Kurt Sch in 13 Jahren beiden Kindern die Kehle durchsticht und sich dann selbst erhängt, wird bekannt, daß die Eheleute Schmidt in unglücklicher Ehe lebten. Die Frau hatte deshalb die Eheverbindung eingeleitet, wohnte jedoch noch mit den Kindern bei ihrem Mann. In der Nacht zum Sonnabend war es, wie schon häufig, zu Streitigkeiten zwischen den Eheleuten gekommen. Da der Mann keine Frau mit Erlaubnis bedrohte, ließ sie sich an einer Wäscheleine auf der Straße hinan und verbrachte die Nacht bei Bekannten. Am Morgen begab sie sich zum Bürgermeister, um ihn von den Drohungen ihres Mannes in Kenntnis zu setzen. Wahrscheinlich in der Aufregung darüber, daß der Ehepartner Schmidt die graue Tat begangen. Die Arbeitslosigkeit des Mannes dürfte zur Zerrüttung der Ehe hauptsächlich beigetragen haben.

Gemeinden im Lichtstrahl. Neustadt. Nachdem die Gemeinden Nieder- und Oberottendorf in einer von sämtlichen Stromerzeugern unterzeichneten Eingabe um Ermäßigung der Strompreise nachgesucht hatten, diese jedoch abgelehnt worden war, sind sämtliche Stromabnehmer in Nieder- und Oberottendorf in den Streik getreten. Beide Gemeinden liegen daher abends völlig im Dunkeln. Als Notbehmaßnahme wurden die Lampen verriegelt. Die Gemeinden sind sich einig, daß die beiden Gemeinden der Strompreise bisher überhaupt nicht gefügt worden ist, beruht in der Einwohnerhaft einige Erbitierung.

„Graf Zeppelin“ wieder gestartet. Friedrichshafen, 6. April. Um 6.32 Uhr ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unter Führung von Kapitän Lehmann zur zweiten diesjährigen Südamerikafahrt aufgefliegen. Der Start hatte sich wegen eines sehr starken Nordostwindes um zwei Stunden verzögert. Er der Fahrt nehmen acht Fahrgäste teil. Viele Zuschauer hatten sich auf dem Werfeld angeeignet. Dr. Otener war ebenfalls anwesend.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks. Der Reichsverband des Deutschen Handwerks teilt mit: Die immer weitergehende Schumpfung der deutschen Wirtschaft machte sich im Monat März auch für das Handwerk in einem weiteren Ausmaß bemerkbar. Infolge des Stützpunkts beraubt, die Belegung, die sonst das Frühjahr brachte, blieb so gut wie vollkommen aus. Die Zahl der Handwerksbetriebe, die gänzlich stillgelegt oder nur noch vom Meister allein betrieben werden, nimmt ständig zu. Der allgemeine Arbeitsmangel führte zu einem Kampf um die wenigen noch vorhandenen Aufträge. Das Preisniveau ist daher allgemein so stark gefallen, daß ein nennenswerter Gewinn überhaupt nicht mehr zu erzielen ist. Die Deflationsspolitik, die von der Reichsregierung besonders in der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 angewandt wurde, konnte im Handwerk nicht beibehalten werden, im Gegenteil, der Lohn- und Gehaltsabbau hat sich in einem Rückgang der Aufträge ausgedrückt, doch ist festzustellen, daß durch die Politik der Regierung im Publikum sehr starke Hoffnungen auf einen erheblichen Preisrückgang gesetzt wurden, die zur Zurückhaltung nach vorhandenen Aufträgen führten. Die Vorverlegung des Vorauszahlungsstermins für die Einkommensteuer hat sehr nachteilige Wirkungen herbeigeführt. Die erfolgte Senkung der Preise für Gas und Elektrizität war nur so gering, daß dadurch eine fühlbare Entlastung des Betriebskostenfotos nicht eintreten konnte. Alles in allem gehen die Preisbildungen für das Handwerk in einem ganz unerträglichen Zustande. Die Zukunftsaussichten für das Handwerk sind um so betrüblicher, als Anzeichen für eine Belebung des Baumarktes nicht vorhanden sind.

Stadtratswahlen in Mecklenburg. Rechtsmehheit in Waren. Schwerin, 5. April. Am Sonntag fand in W a r e n die Neuwahl des Stadtparlaments statt. Die Wahlbeteiligung belief sich auf über 90 p. v. Das Ergebnis ist folgendes (in) das Ergebnis der letzten Stadtratsordenneuwahlen):

Nationalsozialisten	939	(—)	6 Mand.	(—)
Kommunisten	394	(469)	2	(*)
Bürgerl. Einheitsliste	271	(1125)	1	(7)
Demokratische	145	(192)	0	(*)
Sozialdemokraten	884	(686)	6	(4)

Die Stadtratsordenneuwahl in W a r e n hatte folgendes Ergebnis:

Kommunisten	784	(770)	4 Mand.	(5)
Nationalsozialisten	2405	(—)	12	(—)
Sozialdemokraten	1672	(887)	8	(6)
Einheitsliste	562	(*)	3	(*)

(*) Bei der letzten Stadtratsordenneuwahl hatte sich die Rechte aus drei Gruppen mit insgesamt 16 Mandaten zusammen, und zwar hatten erhalten an Stimmen die Wirtschaftliche Vereinigung 1573, Volkswirtschaft 386 und Beamte 716.

Eines Wöbbers Herz — Stucht aus der Hülle — Das Bild des Gesichts — Am Bild vorbei — Alle waren gegen ihn und andere tanzen und kreiseln. Erlebte erhabenen Menschen aus aller Welt in der letzten erschienenen Nummer 4 der „Wahren Weltanschauung“ (Verlag Dr. Carl-Georg W., Berlin SO 10). Das reich illustrierte umfangreiche Heft ist für 50 Pfennig überall zu haben.

Kirchliche Nachrichten. Freitag abend 8 Uhr **Bibelstunde im Archidiakonat.** Pfarrer Langbein.

Hans Schöne, Wittenberg

Eisenwaren — Tischlereibedarf — Werkzeuge — Haus- und Küchengeräte — Oefen — Herde — Eiserne Bettstellen

Ab 1. April:

Coswiger Straße 7 \leftrightarrow **Schloßstraße 29**

Durch die Zusammenlegung sämtlicher Abteilungen noch leistungsfähiger
Ein gutgeschultes Personal bürgt für aufmerksamste Bedienung

Zwangsversteigerung.

Versteigert wird am
16. Juni 1932, 10 Uhr, hier, Zimmer 2,
die in Aterig gelegene Schanwirtschaft Nr. 2, Nutzungswert 305.— Mark
und die dazugehörigen Acker, Weide, Wiege- und Holzungsgrundstücke
in Gesamtgröße von 8 ha 89 ar 90 qm. Eigentümer Ernst Gersbert
in Aterig.

Kemberg, den 17. Februar 1932.
Amtsgericht.

Brennholzverkauf

der Oberförsterei Tornau 6. Hölzer a. d. Walbe am **13. April 1932** ab
10 Uhr im „Heidekrug“ in Tornau.
Tornau-Süd, Tot. Hauptn.: 2a, 3Aa, 4Aa, 4Ba, 36b, 36c, 40Aa, 44Ab
Stk: 377 Stk, 1 Stk.
Schwemsal, Zag. 50c, 52a und Sammelhieb, St: 64 Stk, 6 Stk, 13
Stk, 14 Stk 1. Stk, 235 Stk, 18 Stk.
Tornau-Nord, Zag. 70b, 90b, 45b, 88Ab, 88Ac, 88Bb, 90c, 102a,
108Ba, 106d, 119e, 120Bb, 121d, 121g, 132a, 133a, 47c, und 120Ab, St: 30
Stk, 7 Stk, 23 Stk, 1 Stk; Bu: 400 Stk, 18 Stk, 40 Stk; Stk: 4 Stk,
4 Stk; Stk: 2 Stk; Stk: 145 Stk, 56 Stk.
Berichtigung vorbehalten.

Sämtliche Schulbücher Schulbedarfs- u. Zeichenartikel

für die hiesige und alle Schulen
der Umgegend erhältlich bei

Richard Arnold :: Kemberg
.: Leipziger Straße 64/65 und Markt 3 .:

Krebsfeste Saatkartoffeln

Böhms Ackersegen

(Anerkannt 1. Abfaat)

Mag Gelbrück

(Anerkannt 1. Abfaat)

treffen in den nächsten Tagen ein

Kornhaus Wittenberg

e. G. m. b. H. — — — Niederlage Kemberg.

Magdeburger Pferde- und Auto-Lotterie

Einzellos 1 Mt. — Doppellos 2 Mt.
Glücksbriefe = 5 Einzel-Lose 5 Mt.

Ziehung: am 28. April 1932

Gewinnplan:

- 2 Hauptgewinne 1 Luxus-Automobil oder 1 hoch-herausgehende Wohnungs-Einrichtung im Werte von je RM. 7500 RM. 15000
- 2 Prämien 1 Wohnungs-Einrichtung od. 1 edles Reitpferd und 2 Ausspannerei i. Werte v. je RM. 2000 RM. 4000
- 4 Gewinne 2 Reitpferde od. 2 Ausspannerei im Werte von je RM. 800 RM. 3200
- 8983 Gewinne und 2 Prämien im Werte von RM. 47000

Lose sind zu haben bei

Richard Arnold, Buch- u. Papierhandlung

Etendorfer Rübenferne

gelbe und rote

1. Abfaat von Original, billig

- Stetzweibeln
- 1a. Rotflee
- Serabella
- Loßberldorfer Mährenfaat
- Weißenhagenfaat
- Sommerwiden
- Senfaat
- Sommerrüben
- Riefenpörgel
- Buchweizen
- Belujchten
- Lupinen
- Wiefengras-Mischung

Gemüse- und Blumen-Sämereien

frisch eingetroffen bei
J. G. Glaubig.

Schlachte Donnerstag ein Schwein

und verkaufe Freitag früh 8 Uhr
Fleisch 65 Pfg.
Gehacktes und Wurst 70 Pfg.
Reinhold Hennig, Gadsch

Spaten .: Schaufeln

- Düngerabeln
- Haden
- Holz- und Eiserharten
- Gartenhäheren
- Baumfägen
- Verzinkte Eimer
- Viehstempel
- Düngerstreukästen
- Jaucheschöpfer

empfehlte **J. G. Glaubig**

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

800000 Lose
348000 Gewinne
Spielkapital 114260100 Reichsmark
Neu eingestellt:
100 Sondergewinne zu je 3000 RM.
Ziehung 1. Klasse 22. u. 23. April
 $\frac{1}{8}$ 10 $\frac{1}{4}$ 20 $\frac{1}{2}$ 40
Staatliche Lotterie-Einnahme
Messerschmidt, Wittenberg
Judenstraße 1

Lose

erhältlich bei

Richard Arnold, Buchhandlg.

Obstbaum-Carbolinuum

- Raupenleim
- Raupenleimpapier
- Baumwachs
- Raffiabast
- Schadlingsbekämpfungsmittel für Bäume und Sträucher

empfehlte **J. G. Glaubig**

Rüchenfanten

empfehlte **Richard Arnold**

Morgen

Donnerstag abend 8 $\frac{1}{4}$ Uhr
öffentliche

Versammlung

in der goldenen Weintraube
anlässlich der Reichspräsidentenwahl

Redner:

Herr Professor Dr. Conradi-Wittenberg
Der Hindenburg-Ausschuß.

Ich habe mich in Wittenberg als

Rechtsanwalt

niedergelassen. Mein Büro befindet sich Collegienstr. 83.
Wittenberg, den 2. April 1932.

Friedrich Rathmann

Alle Arten Drahtgeflecht

- Spanndraht
- Stacheldraht
- Fenstergaze

empfehlte **J. G. Glaubig**

Bruteier

von Pefingenten 25 Pfg.
Bronzeputen 20 Pfg.
Rhodeländer 15 Pfg.
gibt ab

Strenzsch, Anhalterstraße 32

Sammeltassen

empfehlte in allen Preislagen
Richard Arnold

Morgen Donnerstag

früh 7 Uhr

ff. Speckfuchen

Bäckerei Matthes

3-Zimmerwohnung

mit Bad und allem Zubehör
sodort oder später zu vermieten

Rob. Herrmann



Bund der Frontsoldaten
Freitag, den 8. April, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Palmbaum

Versammlung

8 Uhr: Vorstandssitzung.
Der Ortsgruppenführer

Es hat Gott dem Herrn gefallen, meine über alles
geliebte Frau, unsere treusorgende Mutter

Frau Mimi Schmidt geb. Köchy

zu sich zu nehmen. Dies zeigt, um stille Teilnahme
bittend, tiefbetrübt an

Gustav Schmidt nebst Kinder

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Trauer-
hause in Gniest aus statt.

Zur Hindenburg

von Dr. Graf zu Dohna, ord. Professor der Rechte.

Herr Hitler verbucht die Entscheidung vom 13. März unter den von seiner Partei erhofften Siegen, indem er die Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen in Vergleich stellt zu der Stimmenzahl, die am 14. September 1930 von der Nationalsozialisten erlitten wurde, und dabei verkündet, daß zwischen beiden Zeitpunkten der Zeit seiner Macht überschritten wurde und die Zahl seiner Anhänger im Aufsteigen begriffen ist. Dieses Verfallungsmaßstabes aber die Entscheidung nicht verhindern können, welche unter den Wählern ab der Tatlage klar getroffen hat, daß sie auf die Erringung der Herrschaft geredet hatten, nun aber noch nicht einmal ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf Hitler entfallen ist. Das macht doch offensichtlich nicht nur zur Genüge, sondern zum Überdruß.

In Wahrheit hat der Radikalismus eine Schlappe erlitten, von der er sich nicht wieder erholen wird, wenn die verantwortungsbedürftigen Wählermassen es verstehen, die Situation auszuwerten, in die der Ausfall der Wahlen sie versetzt hat. Dazu aber ist erforderlich, daß der Wahllokal der vereinigten Hindenburgausgeschiffe in keiner vollen Geschlossenheit erhalten bleibt. Zwei Umstände könnten dieses Ziel gefährden. Einmal steht zu befürchten, daß die Wahlen angesichts der überwiegenden Mehrheit der für Hindenburg abgegebenen Stimmen sich einstellen, seine Wahl sei ohnehin gesichert und auf ihre Stimmen konnte er nun nicht mehr an; sie könnten sich also die Mühe sparen. Wehe wenn solche Irrlehre Verbreitung und Gehör fände! Man könnte sich fast, es erst noch auszupprechen, daß, wenn alle so denken, die Stimmenzahl auf Null herabsinken müßte, daß aber ein jeder sein Verhalten in einzelnem hat, daß es tauglich ist, zur Nichtsicht für das Verhalten aller anderen!

Sodann gilt es der Gefahr zu begegnen, daß die Preußenwahlen mit ihren sehr andersartigen Verfassungen und Frontstellungen die Trennungslinien verschleichen, welche die besonnene Wählererschaft gegen den Radikalismus von links und rechts auch in Zukunft abheben sollten. Es kommt einstweilen allein darauf an, die weitaufwärts Hindenburggemeinde in ihrem Bestande zu erhalten und nach Kräften zu verfestigen, unter allen Umständen aber zu verhindern, daß innerer Sader ihre Schlagkraft schwächt und Weirungen in das Lager des Radikalismus ihre Geschlossenheit gefährden. Es ist belagungsartig genug, daß keine Aussicht besteht, dem versagungsstreuen Bürgertum über den 10. April hinaus eine einheitliche Vertretung im Parlament zu sichern.

Der 13. März hat uns gezeigt, welche Macht dieses Bürgertum darstellen könnte, wenn es nicht immer wieder die trennenden Gesichtspunkte über die verbindenden triumphieren ließe. Die rund 18 000 000 Stimmen, die auf den Namen Hindenburg abgegeben worden sind, setzen sich in unsichtbarer, aber doch nicht unerschütterlicher Art aus drei Komponenten zusammen. Zwei in sich geschlossene Einheiten bilden die Wählerkreise der Sozialdemokratie und des Zentrums. Ihre Stimmenzahl belief sich bei der Wahl vom 14. September 1930 auf 8 575 000 bzw. 4 127 000. Seit man diese Ziffern unverändert in die Rechnung eintrug und gleich man ihre Summe in Höhe von 12 702 000 von 18 654 000 Stimmen ab, die Hindenburg zu sich vereinigen konnte, so ergibt man eine Differenz von rund 6 Millionen Stimmen. Im Reichstag ergäbe das eine Stärke von 100 Mandaten. Dieses immerhin nicht ganz unbedeutende Gewicht vermehrte schon jetzt das wirtschaftspolitisch und kulturpolitisch nicht dotrinär gebundene Bürgertum in die Waagschale zu werfen, wenn es die inneren Gegenläufe zu überbrücken imstande wäre.

Die Zahl von 6 Millionen ist nun aber eher zu niedrig als zu hoch angelegt. Denn es steht zu vermuten, daß mindestens von den sozialistischen Wählern ein nicht geringfügiger Teil für Hitler votiert hat, so daß dieser Subtrahendus in unserer Rechnung eine Herabminderung verträge. Wichtigster noch ist der Zuwachs, auf den im zweiten Wahlgang die Hindenburggemeinde aus dem weiland Sarzburger Lager zu rechnen hat.

So kann, wenn keine bisherigen Wähler weiterhin ihre

Macht tun und alle die, welche sich durch den Ausgang der ersten Wahlhandlung dipiert fühlen, zu dem nobeligen Entschluß gelangen, lieber dem Sieger als dem Beflegten ihre Stimme zu geben, am kommenden Wahltag der Erfolg eintreten, der das erste Mal ausbliebt; daß Hindenburg die absolute Stimmenmehrheit erreicht. So kann es aber nicht nur sein, so muß es sein! Denn es gibt der Stellung des Reichspräsidenten einen ganz andern Mißfall, es verzweifelt ihm ein ganz anderes Ansehen, wenn er von der Mehrheit des Volkes auf den Schild erhoben wird, und nicht bloß von einer relativ größeren Minderheit. Gewiß, wird man sagen können, das Ansehen Hindenburgs bedürfte keiner solchen arithmetischen Stützen. Um so mehr aber verlangt es die Achtung des Volkes vor sich selbst, daß es sich mit überwältigender Mehrheit dafür entscheidet, daß dieser Beiste der Nation ihr Führer bleibe!

Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei

Die Nationalliberale Correspondenz veröffentlicht folgenden Aufruf des Parteiführers Dingeldey: „An die Wähler der Deutschen Volkspartei“:

„Die Entscheidung in der Reichspräsidentenwahl steht nicht bevor. An dem erstenlichen Ergebnis des ersten Wahlganges vom 13. März haben sich die Wähler der Deutschen Volkspartei einen hervorragenden Anteil erworben. Die Entwicklung hat gezeigt, daß unsere Parole, die von Anfang an und ohne jede Einschränkung für den Generalfeldmarschall von Hindenburg lautete, richtig verstanden wurde. Wir haben keinen Zweifel darüber gefaßt, daß wir an der Opposition gegen das Kabinett Brüning aus wohlvergnügten politischen Gründen festhalten, daß wir aber unsere ganze Kraft für die Wiederwahl desjenigen Mannes zum Staatsoberhaupt einziehen, dessen Name, dessen Persönlichkeit, dessen Verdienste die Vertörperung des deutschen Einheitswillens sind. Unser Eintreten für Hindenburg wird in jeder Weise die fernere Falsche werden, daß wir bei den preussischen Landtagswahlen mit aller Entschiedenheit den Kampf gegen die Regierung der Weimarer Koalition zu richten haben, erfüllt von dem Willen an die Stelle der Parteiregierung eine von nationalen Gesichte getragene Preußenregierung zu stellen.

Diese beiden Wahlen erfordern die ganze Kraft und die volle Opferwilligkeit unserer Anhänger in Stadt und Land. Ich richte an alle Geltungsgewissen, Männer und Frauen, den dringlichen Appell nicht müde zu werden, sondern sich mit ganzer Singside in den Dienst der großen Sache zu stellen. Zunächst es, die Wiederwahl unseres Nationalhelden zu dem hohen Amte des Reichspräsidenten mit einer impolanen Mehrheit zu sichern. Hier geht es um die Persönlichkeit, um den Staat, um den inneren Frieden hier geht es um unsere Zukunft, um die nationale Freiheit der ganzen Nation. Sehen und hoffen gilt Hindenburgs gewaltiger Wahlerfolg muß dem Inn- und Auslande das Zeichen dafür sein, daß unser Volk in den selten schwereren Augen noch immer die Kraft besitzt, sich um die Symbolde des Vaterlandes und des nationalen Freiheitswillens zu vereinigen. Deshalb tut alle eure Pflicht!“

Hindenburg und die Landwirtschaft

Reichspräsident von Hindenburg empfing eine große Abordnung aus der Landwirtschaftlichen Gesamtschwerindustrie aus allen Teilen Deutschlands sowie aus des Deutschen Landbundes. Die Abordnung, welche von dem Präsidenten des Deutschen Landbundes, Landrat v. D. Geseke, geführt war, brachte übereinstimmend das einmütige Vertrauen des deutschen Landvolkes in die Person und das Wirken Hindenburgs zum Ausdruck und nahm zugleich Gelegenheit, dem Reichspräsidenten die Wünsche der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Wirtschaft, in eingehender Besprechung darzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg dankte für das ihm ausgesprochene Vertrauen; in seiner Erwiderung auf die landwirtschaftlichen Forderungen gab dann der Reichspräsident einen Rückblick über die Maßnahmen, die seit seiner Oberhoheit des Jahres 1930 zum Schutze der Landwirtschaft getroffen worden sind; er verrieterte, daß er nach wie vor in der Wiederherstellung der Rentabilität der deutschen

Landwirtschaft eine unerlässliche Voraussetzung für die Entwicklung unseres Vaterlandes erblicke.

Der Empfang schloß mit der gemeinsamen Erklärung der anwesenden Vertreter des deutschen Landbundes, daß sie die Parole des Reichs-Landbundes ablehnen und in geschlossener Front sich in aller Treue zu dem Ehrenmitglied des Reichs-Landbundes dem Feldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg, bekennen.

Kapitän Ehrhardt für Hindenburg

In einer großen Kundgebung des Hindenburg-Ausschusses Hannover wird am Freitagabend Kapitän Ehrhardt der Führer der ehemaligen Marinebrigade Ehrhardt, in einer großen Rede seine Stellung zu der Reichspräsidentenwahl bekundend und ein feierliches Bekenntnis zum Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg abgeben. Kapitän Ehrhardt tritt damit seit längerer Zeit zum ersten Male wieder in die politische Öffentlichkeit.

Der 10. April

Es ist tief bedauerlich, daß um die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs noch einmal gewählt werden muß. Aber der zweite Wahlgang läßt sich nicht umgehen, wenn auch der 13. März mit unteuherer Sicherheit bemerkt hat, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes Hindenburg als Reichspräsidenten wählen will. Parteitaktik und politische Spekulation zwingen uns diesen Wahlgang auf, der bei geringerer Einsicht in die wirkliche Lage sehr wohl hätte vermieden werden können.

Die Sachlage ist einfach und klar. Wenn auch der zweite Wahlgang nur noch formale Bedeutung hat, so kann er gerade um der Wirkung nach außen hin doch nicht mehr umgangen werden. Es wäre deshalb aufs Schärfste zu verurteilen, wenn die selbstverständliche Ablehnung des Jugenderwerbsrechtes agitorisch in dem Sinne ausgenutzt werden sollte, daß sich die für die Hindenburgwahl verantwortlichen Stellen einer ritterlichen „Regelung entzogen hätten. Wir sind überzeugt davon, daß zum wenigsten der Stahlhelm eine solche Unterstellung nicht mitmachen wird. Hat er doch zu diesem Vorhange Jugenderwerbsrecht geäußert, daß er die schwersten Bedenken gegenüber einer nachträglichen parlamentarischen Regelung der Präsidentenwahlfrage hege. Die Verletzung der nationalen Parteiethik geht nicht auf Will hin, das Da, in nicht auf sich haben, den zweiten Wahlgang wiederum zu parteipolitischen Zwecken benützt zu haben, so kann sie das nur wenn sie sich darauf besinnt, daß ihre Anhänger zu den Hindenburg-Wählern von 1925 gehörten und daß sich daraus ganz bestimmte, im ersten Wahlgang leider gräßlich vernachlässigte Verpflichtungen ableiten.

Der 10. April 1932 muß zu einer machtvollen Kundgebung des deutschen Volkes für die Persönlichkeits Hindenburg werden. Das Ergebnis dieses Tages, muß dem Auslande zeigen, daß wir sehr wohl wissen, um was wir zu kämpfen haben und daß sich der Freiheits- und Befreiungswille des deutschen Volkes in dem besten Manne reinkarniert. Dem wir die Führung des Staates und der Nation zu treuen Händen und im höchsten Vertrauen weiter überlassen.

Die Nationalsozialisten werden ihren Kampf um die ausschließliche Parteiherrschaft weiter vortragen. Der Nationalsozialismus hat Sönnungen gewandt, die sich nicht erfüllen können und hat unter seinen Anhängern einen Reichstunstand erzeugt, dem die graue Ernüchterung folgt. Auch für den Nationalsozialismus erhoffen wir, daß die Kritik die die Reichspräsidentenwahl bei ihm ausgelöst hat, zur Äußerung führen wird und daß er sich im zweiten Wahlgang die bisher vermehrte Zurückhaltung auferlegt, die das Gebot der Stunde, sowohl gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg wie auch gegenüber der politischen Gesamtlage, ist.

Hindenburg ist gegenwärtig außen- und innenpolitisch der höchste Mann im Lande. Unter seiner Hand, das vornehmliche Bekenntnis zu ihm, neue gefäkrten Autorität werden sich auch die kommenden innerpolitischen Kämpfe in Formen vollziehen können, die dem wahren Charakter des deutschen Volkes entsprechen und uns dem Zeitpunkt näherbringen, an dem der deutsche Staat wieder ein anderes Gesicht hat, ohne vorher dabei völlig in Trümmer auseinander zu sein.

„Zum Ausgleich gegen den Ernst des Lebens muß man so oft auch einmal haben.“

„Du schautest vorher übrigens so intensiv nach der anderen Lage hinter, in der eine junge Dame mit dem großen Herrn zusammenlag. Kannst du die Herrschaften etwa?“

„Der Herr war ein bekannter Filmreditor, der es liebste mit den Frauen hält. Die Dame habe ich vorgestern häufig kennengelernt. Ich fuhr sie in meinem Wagen nach Hause.“

„Und wer ist sie?“

„Weiß ich nicht. Habe nicht mit ihr gesprochen.“

„Warum nicht?“

„Über eine Dame, die ich nichts eigen Uhr auf der Straße kennenlernte, mache ich mir meine eigenen Gedanken.“

„Aha! — natürlich. Eben haben wir ja die Weltbürgerin.“

„Aha! — du meinst —?“

„Na ja — natürlich. Eben haben wir ja die Weltbürgerin. Eine Frau, die mit diesem Direktor abends ins Kabarett geht, kann nicht viel wert sein. Ich hielt es für zwecklos, mit ihr zu reden.“

„Kann es sich nicht auch einmal um eine Ausnahme handeln?“

„Glaube ich nicht. Sie hat es sogar sehr raffiniert angefangen. Als ich mit meinem Wagen kam, winkte sie. Sie behauptete dann, sie habe ihn für eine Drohweil gehalten. Da sie sich dann zerte, einzutreten, war nur Raffinement von ihr.“

„Warum hast du sie dann aber nach Hause gefahren?“

„Weil ich zu nicht einmal weitergefahren?“

„Es war mir höchstgütig ganz gleichgültig, ob ich noch etwas herumfuhr. Ich gleiche gern mit meinem Wagen durch nachtsilbe Straßen. Außerdem nahm ich an, daß die junge Dame ein Abenteuer erwartete. Und nun gerad nicht, dachte ich mir, du willst ihr mal zeigen, daß es auf Leute gibt, die nicht jede Situation gleich ausnützen.“

„Sie war gewiß sehr enttäuscht, als du sie vor ihre Haustür absetzt?“

„Natürlich hat sie mich grübeln. Vielleicht erwartete sie auch, daß ich mich mit ihr verabrede. Aber ist nicht nichts dergleichen. Du weißt ja, es ist mein Bemühen den Mitmenschen möglichst objektiv gegenüberzutreten.“

Tagebuch Menschen

ROMAN VON HANS HELD-SIECK

FÖRSTER-BECHTSCHEWITZ, ROMAN, VERLAG NEHMANN, NEPPST, BERLIN S.O. 6.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Auch er schaute, als sie mit dem Generaldirektor wieder am Tische saß, mehrfach herüber. Aber weniger interessiert als verächtlich, weniger freundlich als in einer Art Abwehrhaltung. Seine Stirn war in Falten gezogen. Christa war sehr überzeugt, daß er sie wiedererkannte — aber er grüßte nicht. „Christa sprach er mit einem jüngeren Herrn, der bei ihm am Tische saß. Sie wußte, daß von ihr die Rede war.“

Jedenfalls läste diese Begegnung auf sie eine ernüchternde Wirkung aus.

Der Generaldirektor war ziemlich angeheitert. Er machte gemachte Scherze, an die Christa indessen nicht hinging. „Wichtig fragte sie ihn: „Kennen Sie zufällig einen Herrn Honsbrud?“

„Nein, mein Kindchen, den kenne ich nicht. Aber nun komm — wir wollen nach Hause fahren, es ist schon spät!“

Er zahlte und brach mit ihr aus. Sie hatte noch mehrere Gelegenheiten, nach der anderen Loge hinüberzulaufen. Aber Honsbrud beachtete sie überhaupt nicht mehr.

Draußen befleg man wieder den Wagen des Generaldirektors. Ganz in der Nähe fand noch ein anderes Auto mit der Nummer 10 388.

„Ich wohne in der Kasernenstraße Nummer 36!“ sagte Christa zu Krull, als man den Wagen belegen hatte.

Krull nickte.

„Sehr schön, liebes Kind!“ Gab aber die Adresse dem Chauffeur nicht an.

Der Wagen hielt vor der Wohnung Krulls. Er ließ aus. „Nun bist!“ rief er Christa zu. „Kommen Sie!“

„Aha, was für?“ Dankte. Sie wollten mich nach Hause fahren?“

„Aha, kommen Sie nun, wir trinken erst bei mir ein Weinchen.“

Christa wurde plötzlich bis unter die Haarmurzeln blaß.

„Aha, habe durchaus keinen Durst mehr!“ rief sie kalt und ließ auch die Hand nicht fallen.

„Wie eine Vision stand plötzlich die Loge mit Herrn Honsbrud wieder vor ihrem geistigen Auge auf. Sie konnte sich das nicht erklären.“

Krull schwannte vor dem Wagen hin und her. Der Zufall war ihm ins Gesicht gerufen. Noch einmal suchte er Christa gütlich zuzureden.

„Aber ich bitte Sie, liebes Kind — wir müssen doch noch über Ihr Filmangebot sprechen.“

„Aha, habe für heute Film genug!“ erwiderte Christa, sehr östlich ernüchtert, „es geht mir übrigens, daß ich mich doch nicht recht dazu eigne! — Und nun lassen Sie mich gefälligst nach Hause fahren.“

Sie wagte selbst nicht, woher sie die Kühnheit nahm, dies einfach von ihm zu verlangen. Er stieg. Dann sagte er zu dem Chauffeur:

„Fahren Sie die Dame nach Hause!“

Und so geschah es.

Herr Honsbrud war mit seinem Begleiter noch eine Weile in der Loge sitzengeblieben. Es war ein Bundesbruder von ihm, der selten in die Großstadt kam und gerne einmal wieder ein gutes Kabarett leben wollte.

Nur ihm sagte man Doktor Konrad Honsbrud, der hergekommen war, um sich in diesem Treiben Gehtallen zu finden.

„Tragte er den etwas jüngeren Bundesbruder. Der gab ehrlich zu: „Oh — gewiß! Sie ist einmal etwas anderes als das stumpfsinnige Kleinliebchen. Und bei uns ein Kabarett — na, ich danke! Sie hat sich man doch mitnichts einmal erschlagte Darbietungen.“

„Zugegeben. Dieses Milieu an sich aber kann mich doch niemals fesseln. Freiheit — Überflächlichkeit, zum Teil sogar Gemeinheit, das sind die Triumphe, die hier ausgepielt werden.“

Der Bundesbruder, Majorhor Aid, er einen kleinen Schluck aus seinem Weinbeleg, wobei er erwiderte:

Thüringer Landbund gegen Hitler

kein sozialistischer Präsident erwünscht.

Weimar. Eine vom Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes einstimmig aufgenommene Entschliessung lautet:

„Der Thüringer Landbund hat mit der Barole für Dr. Heberer im ersten Wahlgang dem Verzicht der Einigung aller nationalen Gruppen auf einen gemeinsamen Kandidaten gebietet. Er beharrt, daß es auch für den zweiten Wahlgang nicht gelungen ist, diesen gemeinsamen Kandidaten der Parteien aufzustellen. Die Tatsache, daß der Reichspräsident von Hindenburg bereits fast die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigt hat, läßt keinen Zweifel entstehen, daß er auch im zweiten Wahlgang gewählt wird, da keiner der anderen Kandidaten diese hohe Stimmenzahl erreichen wird.“

Die Entschöndung im Kampf gegen das parlamentarisch-demokratische System, den auch wir mit allem Nachdruck führen, liegt nicht bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April, sondern bei der Reichswahl am 24. April. Da der Thüringer Landbund als Vereinigung bodenständiger deutscher Bauern aus reinem nationalen und wirtschaftspolitischen Grundbegriffen heraus gegen Sozialismus als eine Art des Marxismus absetzt, kommt für ihn bei der Wahl ein sozialistischer Parteikandidat nicht in Frage.

Wir bedauern deshalb die parteipolitische Stellungnahme des Reichslandbundes für einen sozialistischen Kandidaten auf das höchste.

Sozialismus in jeder Form ist für uns der Totengräber jedes selbständigen Bauerntums auf eigener Scholle. Eine nur aus laichlich politischen Gründen trotz der sicher zu erwartenden Wahl Hindenburgs ausgegebene Barole für Hitler muß jeden deutschen Bauern in Gewissenskonflikte bringen.

Wie der Reichsheim, der erklärt hat, daß er nicht gegen, sondern um Hindenburg gekämpft hat, und ebenso wie andere nationale Verbände und Gruppen, spricht sich daher der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes einstimmig gegen eine Hitlerkandidatur aus und überläßt damit die Stimmabgabe bei der Wahl dem gesunden Sinn seiner Bauern.“

Für Hitler

Am Anfang an die Entschliessungen, die zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden Deutschlands und dem Reichslandbund der Preisse übergeben sind, und an den Aufruf des Herzogs von Coburg zusammen mit Admiral von Schröder und Generalmajor a. D. Graf von der Glog wird nachstehende Kundgebung veröffentlicht:

„Wir gehören der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht an. Wir verstehen auch manche Kritik an ihr. Aber wir erkliden im Nationalsozialismus die größte deutsche Freiheitsbewegung seit hundert Jahren. Wir leben unter Volk im schwersten Daseinskampf gegen äußere Feinde und internationale Vorfremdungen im Innern.“

Die seit November 1918 betriebene Politik hat uns in wachsende Abhängigkeit vom Ausland gebracht, sie hat unsere Wirtschaft zur Katastrophe geführt, der Jugend die christlichen und deutschen Tugenden verleidet und die deutsche Kultur verborben. Christentum, Vaterlandliebe und Wehrwille sollen im Materialismus untergehen.“

Wir bedauern, daß der Feldmarschall nicht erkennt, wie er als Verfeindeter für diese Politik mißbraucht wird. Daher seine Sentimentalität! Auch der Name Hindenburg darf uns nicht von der Not des Vaterlandes ablenken.“

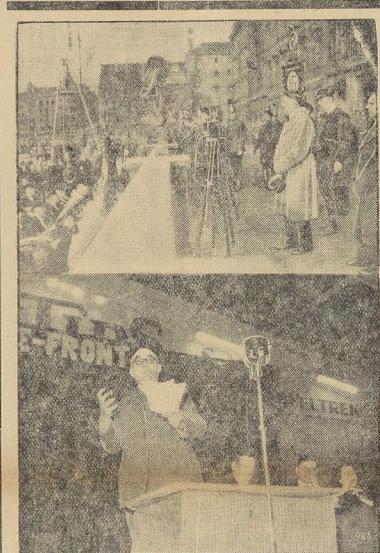
Zu diesen Schlußfolgerungen müssen parteitaktische Gesichtspunkte zurücktreten. Wir kritisieren nicht, wenn Organisationen als solche im zweiten Wahlgang nicht eingereicht werden. Aber wir haben kein Verständnis dafür, wenn ein Dörlitzberg-Wähler zum Hindenburg-Wähler und damit eine Stille des schwarz-roten Systems wird. Auch der Nicht-Wähler hilft dieses System.

Wie jeder nationale Deutsche bei den Landtagswahlen zur Begüter dieses Systems wählen kann, so muß er folgerichtig sich auch bei zweiten Reichspräsidentenwahlung für den einzigen Gegenkandidaten gegen das System, für Adolf Hitler, entscheiden.“

Der Aufruf trägt u. a. die Unterschriften des Generals d. Inf. Otto von Helow, des Professors Dr. Viet, der Kontradmiraie A. D. von Lebedow, Kästel und von Wagner, des Fürsten zu Wied, des Grafen Friedrich Magnus zu Solms, des Redebekämpfers Eoman sowie zahlreicher anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Admiral a. D. von Weizsäcker veröffentlicht einen Aufruf an seine Kameraden der alten Marine, in dem er sich für die Wahl Hitlers einsetzt. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Ich wähle ihn und immer Hindenburg, weil ich erwiese hat, daß unser Volk, trotz seiner Umperiode dem Gend und dem Untergang rettungslos entgegensteuert: ich wähle ihn nicht, weil er als Vorkämpfer des Systems vom 9. November 1918 heraussteht. Ich wähle Hitler, den kühnsten Vertreter der deutschen Freiheitsbewegung, weil er an Stelle dummer Bergewöhnung wieder Hoffnung in Millionen deutscher Herzen entzündet hat. Ich wähle Hitler, weil ich ihm das letzte Vertrauen entgegenbringe, daß er mit dem heißgeliebten deutschen Vaterland aus tiefster Schmach herausführen wird. Ich wähle Hitler, weil ich ihn persönlich als ganzen Mann kennen und schätzen gelernt habe.“

Jeder Deutsche muß am 10. April seine Stimme abgeben



Bilder aus dem Wahlkampf. Nationalsozialistische Wahlumgebung in Berliner Lustgarten. U. B. z. oben: Adolf Hitler spricht, hinter ihm Graf Helldorf und Dr. Goebbels. Unten: Eiserne Front in der Tennishalle Oranienburg spricht.

Hitlers Wahlbedeutung

Adolf Hitler beendet seine Berliner Wahlumgebungen mit einer Rede im Saalbau Friedrichshain, der bereits eine Stunde vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen war, so daß die Teilnehmer in den angrenzenden Räumen Platz nehmen mußten, wo ihnen durch Lautsprecher die Ausführungen des Redners vermittelt wurden.

Zunächst sprach der ehemalige KPD-Führer Ehrh, der u. a. ausführte, der große Erlös Hitlers gehehe darin,

daß er es verstanden habe, das Volk aufzurütteln, ihm den Glauben an sich selbst zu geben und ihm zu zeigen, wie es aus eigener Kraft den Weg in die Freiheit finden könne. Der zum Proleten gekommene Deutsche Arbeiter befinde heute keine Freiheit und keine sozialen Rechte. Diese müßten erst erkämpft werden.“

Dr. Goebbels wies auf den Sieg der Nationalsozialisten am 13. März hin und protestierte gegen die Ueberfälligung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Wahlkampf. Dann nahm von erneuten Zurufen begrüßt, Hitler das Wort. Er führte u. a. aus:

Wenn ihm das Schicksal 13 Jahre lang Macht verliehen hätte, dann würden seine Leistungen für ihn sprechen. Seine Sprache für ihn die Tatsache, daß es ihm, dem unbekanntesten Manne, in kurzer Zeit gelungen ist, die größte Bewegung zu schaffen. Die Gegner des Nationalsozialismus rechnen mit der ewigen Vergeßlichkeit der Nation. Sie hätten die Nation gemacht und verurteilt, die Nationalsozialisten als neue Infektionskrankheit hinzustellen. Die heutigen Macht-haber, die alles gegen die Nationalsozialisten unternehmen, sollen auch einmal die Infektionsmacher der gerechten Strafe zuführen. Weibliche Abgeordnete könne er lieber nicht gebrauchen. Der Mann müsse die Zukunft des Reiches auf die Schultern nehmen, für die Frau mit eintreten, mitarbeiten und kämpfen, um ihre Zukunft zu gewinnen. Wenn der Nationalsozialismus behauptet wie bis jetzt weiterkämpfe, dann werde einmal die Stunde kommen, wo das deutsche Volk entscheiden werde, ob es würdig ist, die Freiheit zurückzubekommen und die innere Zufriedenheit zurückzuerlangen.“

Hitlers Programm

Unter der Ueberschrift „Mein Programm“ veröffentlicht die N.S.D. längere Ausführungen Adolf Hitlers. Einleitend weist Hitler auf den wirtschaftlichen Niedergang hin, ferner auf die parteipolitische Verwirrung und die Unterminierung der Reichsregierung, wenn Deutschland heute in Not und Dammern darniederliege, dann seien jene Parteien dafür verantwortlich, die im Jahre 1918 die Weimereienschaft an sich gerissen hätten. Die Sozialdemokratie habe ihre sozialen Botsprechungen nicht gehalten. Das Zentrum habe seine christlichen Ideale geopfert, und die Mittelparteien hätten den Mittelstand im Stich gelassen. Demgegenüber entwidet, dann Hitler seine Ueberzeugung und sein Programm.

Er sieht als größte Aufgabe eines deutschen Staatsmannes für die Zukunft die Zusammenfassung des verarmten und sozialistischen und nationalen Elements unseres Volkes zu einer neuen deutschen Volksgemeinschaft an. Diese Zukunft der neuen deutschen Volksgemeinschaft sei nur dann gewährleistet, wenn sie von einem wirklich nationalen Leben erfüllt sei. Hitler betont weiter, daß er die Zukunft unseres Volkes auf das Schwere bedroht halte und daß es notwendig sei, daß ein Volk zur Beseitigung der Ueberfälle des Lebens planmäßig geführt werde. Es sei weiterhin notwendig, aufrecht die Wehrheit zu sagen, und man dürfe nicht aus Angst vor der Unpopulärkeit darauf verzichten, die Dinge darzustellen wie sie tatsächlich seien. Der einzige bewährte Garant unserer wirtschaftlichen Zukunft bestehe in unserem eigenen Grund und Boden und in unserer Arbeitskraft und inneren Fähigkeiten.

Hitler wendet sich dann gegen die Einfuhr aus dem Ausland und begehrt die Erhaltung und Förderung eines geländes Bauerntums als den wichtigsten Schutz gegen soziale Entfremdungen wie auch gegen das räuberische Verkommen unseres Volkes. Er setz sich für die Erhaltung eines breiten Mittelstandes als Voraussetzung zu der Aufrechterhaltung des Eigentums ein und hebt hervor, der Kampf gegen den Bolschewismus als Weltgelehr sei praktisch ein Kampf für den rechtgeleiteten organisch aufgebauten Volkstaat. Zu einem wahrhaft reinen Volkstörper habe das Kapital der Wirtschaft zu dienen und die Wirtschaft dem Volke. Hitler sieht in dem einseitigen Ueberwuchern unseres Zins- und Kapitalismus eine langsame, aber sichere Erdrosselung der Wirtschaft und in der einseitigen Betonung des nur Wirtschaftlichen eine allmähliche Erdrosselung des Volkes.

Ferner hebt Hitler hervor, es sei die höchste Aufgabe, den beiden Lebensgefährten Mann und Frau, die Bildung der Familie zu ermöglichen. Der Staat habe in sich und in seinen Gesetzen alle Befähigung, die Ehe zu erleichtern und die Ehe zu erleichtern, die er selbst von seinen Bürgern fordere. Zum Schluß betont Hitler, solange er lebe, werde er für das deutsche Volk Gerechtigkeit und Wiederherstellung für seine Zukunft, sein Glück und seine Größe kämpfen.

Tag nach Menschen

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Bei diesen Worten trat Honsbrud sein Glas aus, das noch zur Hälfte gefüllt war. Er schenkte dann sich und seinem Bundesbruder den Rest der Flasche ein. „Du bist ein toller Kerl“, sagte er, „lebe wohl, mein Mensch! Ich bin dir nicht verpflichtet. Offen gesagt: ich am wenigsten. Du hast nun ein großes Vermögen, weißt gar nicht, wie du all dein Geld durchbringen sollst, und —“ „Bitte sehr, bitte sehr“, unterbrach ihn Honsbrud, „da bist du im Irrtum. Ich weiß sehr wohl, wozu ich mein Vermögen befinne.“

„Bist nicht ihm äußerst gespannt in die gestrafften Züge. Soll ich was sagen?“

„Um Freude und Gutes zu stiften!“ erwiderte Honsbrud, „ich meine, das ist eine Aufgabe, die einem das Dasein immerhin lebenswert machen kann.“

Der Affessor war plötzlich still geworden und schien auf einmal an ganz etwas anderes zu denken. Dann sagte er: „Hebrigens — offen gestanden — mir hat die Kleine recht gut gefallen.“

„Warum hast du dann nicht einmal mit ihr getanzt?“

„Der Herr, in dessen Begleitung sie war, deiner Film-director, hat nicht zu, aus, als ob das beiden werde. Außerdem — übermorgen muß ich ja doch wieder fort von hier. Also zwecklos, erst anzuwenden!“

Honsbrud sah ihn prüfend von der Seite an: „Na — immerhin doch für einen Tag!“

Der Affessor machte eine abwehrende Handbewegung: „Nein — io bin ich nicht. Du schaffst mich nicht, ein, mein Affessor. Auch bin ich über den Charakter der Dame anderer Meinung, als du.“

„Um — wie?“

„Ich halte sie für ein durchaus anständiges junges Mädchen.“

Honsbrud ließ ein unterdrücktes Lachen vernehmen. „Na ja — da du ihn Jahre länger bist als ich, wirst du dir wohl ein besseres Urteil erlauben können.“ sagte er lächelnd. „Lehre mich doch nicht die Frauen kennen. Die meisten sind innerlich sehr und wertlos, viele vollkommen nicht. Ich kenne nur eine einzige, die ich über alles schätzen und achten muß.“

„So — und das wäre?“

„Meine eigene Frau!“ Als er dies sagte, blinnte er tief sinnig in sein Glas. Eine tiefere innere Bewegung schien ihn ergreifen zu haben, als sah, wie seine Finger zitterten.

„Du bist — verheiratet?“ fragte er sehr gehehrt, „aber das — das müßte ich gar nicht!“

„Das wissen wenige. Mein Leben spielt sich gleichsam hinter seinen eigenen Vorhängen ab.“

„Du bist natürlich sehr glücklich mit deiner Frau?“

„Nein, wir leben gar nicht zusammen. Meine Frau ist krank. Sie befindet sich seit drei Jahren in einer Sren-anstalt, unheilbar.“

Es trat eine Pause ein. Der Affessor starrte betroffen den Freund an. Er wußte nicht, was er darauf erwidern sollte.

Honsbrud winnte den Kellner herbei und zahlte. Dann brach man schweigend auf.

Frau Regierungsrat Braun gab eben dem Mädchen verschiedene Anweisungen in der Küche für das Mittagessen, als es klingelte. Gleich darauf stand ihr Schwiegersohn, Doktor Honsbrud, in der Tür, lebhaft von ihr begrüßt.

„Das ist nett, das ist nett“, Konrad, du bleibst natürlich zum Essen. Es gibt Spargel mit Schinken, ich weiß ja, daß du das so gerne isst. Was! Trist näher. Bringt du Wein mit?“

Honsbrud hängte seinen Hut auf und folgte ins Zimmer. „Ich wollte eigentlich noch zu Hilde hinausstehen“, sagte er. „Du weißt ja —“

„Ah was —!“ ihre Stimme unterdrückte sich, „das kannst du auch heute nachmittag oder morgen noch machen. Du bleibst jetzt!“

„Sie lenkte stets ab, wenn von ihrer unglücklichen Tochter die Rede war. Honsbrud hatte sich in einen Sessel gleiten lassen und steckte sich eine Zigarette an.“

„Gibt es bei euch etwas Neues?“ fragte er.

„Ja. Rolly hat sich zum Film gemeldet. Es ist heute morgen zu dem Regisseur Ebenberg hingegangen. Du wirst ihn kennenlernen, soll ein sehr netter Mensch sein. Wir haben ihn heute auch zum Essen eingeladen.“

„So — hm. Hat die allgemeine Filmbegeisterung also auch Rolly ergriffen! Ich bin gespannt, was der Regisseur sagen wird.“

„Vater und mir ist es eigentlich gar nicht recht“, sagte Frau Braun etwas inbrüderlich, „aber was soll man machen, wenn unsere zweite Tochter so verrückte Einfälle hat. Vater legt immer, man muß sie austoben lassen! Die Einladung des Regisseurs hat sie uns natürlich auch abgetrotzt!“

„Na, ich wünsche nur, daß sie eine zweite Maria Theresia oder so etwas Nützliches wird!“ erwiderte Honsbrud trocken, „ebenfalls stellen sich das alle jungen Mädchen ein, leichter vor, als es in Wirklichkeit ist.“

„Mag ihnen sein. Vater und ich nehmen es auch nicht ernst. So etwas ist nichts für unsere Tochter. Der eigentliche Fehler eines Mädchens ist und bleibt es immer: Frau und Mutter zu werden.“

„Wenn ich der entsprechende Mann dazu finde, es können nicht alle heiraten, viele eignen sich auch gar nicht dazu“, ergänzte der Doktor.

„Rolly doch — lehr! Das Mädchen weiß ja gar nicht, was es mit seinem Temperament bleiben soll! Fürsich ist es auch, lauter, anmutig, gemüthlich!“

Honsbrud kannte die Anpreisungen zur Genüge. Man würde es gerne haben, wenn er für Rolly Interesse hätte. Die Schwiegermutter hatte ihm schon mehrfach eine Scheidung von Hilde nahegelegt, was er insofern stets ganz entschieden zurückwies. Er erinnerte sich da an einen festigen Satz. Solche Bemerkungen und Andeutungen konnten ihn aus äußerer aufbringen.

(Fortsetzung folgt.)

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Ercheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagsblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,75 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,85 M. — Im Falle höherer Gewalt Zeitungsverzug Strafrecht ist erloschen jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegung unbenutzter Spalten oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Ganzzahl übernommen. / Belegungsgebühr: 10.— MZ. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 40

Donnerstag, den 7. April 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung

Freitag, den 8. April, 20 Uhr, im Rathaus.

Tagesordnung

1. Genehmigung der letzten Niederschrift,
2. Haushaltplan,
3. Aufhebung der an die Geldbewilligung für Notstandsarbeiten getnüpften Bedingungen.
4. Weiterberufung des Herrn Hilfslehrer Siegmund,
5. Beschlußfassung über die Höhe der Beiträge zur Berufsschule für 1932.
6. Remunerationen,
7. Bewilligung von Mitteln für den Ausbau der Ribener Straße,
8. Bewilligung von Mitteln für den Ankauf einer fahrbaren Leiter für die Feuerwehr,
9. Wahl eines Sportauschusses,
10. Festsetzung der Strompreise.

Darauf geschlossene Sitzung.

Erbinnenbefugter haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einkassierten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einkassierten sind unzulässig.

Kemberg, den 6. April 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

58]

H. Lubley.

Freibankfleischverkauf.

Freitag, den 8. April, von 4—6 Uhr nachmittags Schweinefleisch in rohem Zustande. Das Pfund kostet 0,30 RM.

Kemberg, den 6. April 1932.

59]

Der Magistrat.

Der Ausschank von Branntwein

und der Kleinhandel mit Trinkbranntwein ist für Sonntag, den 10. und Sonntag den 24. April 1932 verboten.

Kemberg, den 7. März 1932.

60]

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Genfer Zweimonats-Bilanz.

Deutschlands Ziele.

Am 11. April beginnen in Genf erneut die Abrüstungsverhandlungen. Nach dem ersten Stadium der Konferenz ist es notwendig, die Hauptgesichtspunkte der bisherigen und der kommenden Verhandlungen aufzuzeigen. Die Konferenz hat mit einer Generaldiskussion begonnen, die 2½ Wochen dauerte und in der die Vertreter der meisten an der Konferenz beteiligten Staaten mehr oder weniger ausführlich die Aufgaben der Konferenz, wie sie sie haben, entwarf und Vorschläge hinsichtlich der allgemeinen Abrüstung gemacht haben. Das Ergebnis dieser langen Reihe von Reden kann man kurz dahin zusammenfassen, daß zahlreiche Staaten Abrüstungsvorläufe gemacht haben, die über das im Konventionentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission Vorgehene erheblich hinausgehen. Auch die deutsche Regierung hat der Konferenz eine Serie von Vorschlägen vorgelegt.

Der Inhalt dieser Vorschläge läßt sich dahin resumieren, daß die entscheidendsten Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands aus dem Verfallter Vertrag zu einem klar gegliederten System von Vorschlägen für die allgemeine Abrüstung verarbeitet wurden. Man kann sagen, daß die deutsche Regierung mit dem am 18. Februar 1932 der Konferenz überreichten Vorschlägen ebenso wie sie das im Jahre 1928 in der Form der sogenannten Bemerkungen des Grafen Bernstorff getan hat, die Förderung an die Konferenz aufstellte, die allgemeine Abrüstung müsse sich nach den Wünschen und Methoden der deutschen Abrüstungspolitik, d. h. also dieselben Abrüstungsfaktoren, die Deutschland verboten sind, vor allem die ausgebildeten Reserven, die schweren Angriffswaffen (Tanks, schwere Geschütze, Flugzeuge, Unterseeboote usw.), müssen auch den anderen Staaten verboten werden. Diejenigen Abrüstungsfaktoren, die bei Deutschland beschränkt sind, wie das Kriegsmaterial des Landheeres (soweit das im Dienst befindliche wie das in gleicher Weise beschränkt werden. Die deutschen Vorschläge stellen somit die Forderung nach der Wechselseitigkeit der Abrüstung für alle Staaten auf. Sie gehen aus von der Grundthese der deutschen Abrüstungspolitik, der des Anspruchs auf volle Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten mit den noch nicht entwaffneten in den Fragen der Abrüstung.

Es liegt auf der Hand, daß ein tatsächlicher Ausgleich der Abrüstungen zwischen den abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten Staaten nur erfolgen kann, wenn auf der ersten Abrüstungskonferenz die gleichen Abrüstungsmethoden für alle Staaten festgelegt werden. Der Konventionentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission sieht verschiedene Methoden für die abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten

Staaten vor. Dies bedeutet eine höhere Verlegung des Prinzips der Gleichberechtigung, denn es ist klar, daß wenn Deutschland die entscheidendsten Waffen des modernen Krieges, besonders die Flugzeuge, die ausgebildeten Reserven und das Reservematerial verboten, diese Dinge den anderen Staaten aber weiterhin gestattet bleiben sollen, sich ein Ausgleich der Abrüstungen und die Herbeiführung eines gleichmäßigen Abrüstungsniveaus in Europa und der Welt niemals ergeben kann. Eine so durchgeführte allgemeine Abrüstung, die einer Schenkung des Abrüstungsproblems gleichkäme, würde bedeuten, daß die schon abgerüsteten Staaten weiterhin in einem Zustand entsetzlicher Disqualifizierung und tatsächlicher militärischer und politischer Unsicherheit verbleiben müßten.

Wenn die allgemeine Abrüstungskonferenz es ablehnt, für die noch nicht abgerüsteten Staaten die Abrüstungsmethoden der Friedensverträge zu übernehmen, so ist die selbstverständliche Forderung der abgerüsteten Staaten, daß sie an dem Abkommen über die allgemeine Abrüstung zu vollen gleichen Rechten teilnehmen, d. h. daß die Bestimmungen dieses Abkommens für sie an die Stelle der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge treten. Reinesfalls kann die Aufrechterhaltung von Sonderbestimmungen für die schon abgerüsteten Staaten in Frage kommen. Dies ist der Kernpunkt der deutschen Position in Genf. Daß die abgerüsteten Staaten die volle Verantwortung der Abrüstungsvorpflichtungen der Friedensverträge durch alle übrigen Staaten fordern, ist nur selbstverständlich. Schon aus finanziellen Gründen muß ihnen daran gelegen sein, daß der Abrüstungsausgleich zwischen ihnen und den anderen Staaten nicht auf dem Wege der Heraushebung ihres eigenen Abrüstungsniveaus, sondern durch die Herabsetzung des Abrüstungsniveaus der anderen erfolgt. Die abgerüsteten Staaten haben ein vitales Interesse an einer wirklichen und nicht scheinbaren Abrüstung der anderen Staaten, d. h. an der tatsächlichen allgemeinen Abrüstung. Aber dieses Interesse an der allgemeinen Abrüstung ist nicht Interesse um jeden Preis, ist nicht ein Interesse ohne jede Bedingung. Man kann von den abgerüsteten Staaten nicht erwarten, daß sie, die über ein Jahrzehnt die Best der Abrüstungspolitik allein getragen haben, sich für alle Zukunft zu den besitzinteressierten Trägern des Abrüstungsgebankens machen. Natürlicherweise wird sie Vorbild und Mahner zugleich für die Herbeiführung der für die Welt so nötigen Abrüstung. Aber wie lange und bis zu welchem Grade sie das bleiben können, liegt bei den noch nicht abgerüsteten Staaten, wird durch die Verhandlungen der allgemeinen Abrüstungskonferenz entschieden werden. Die Verantwortung der auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Regierungen, inwiefern sie die nichtabgerüsteten Staaten vertreten, ist eine doppelte. Einmal gegenüber den schon abgerüsteten Staaten, die die Möglichkeit der Abrüstung praktisch gezeigt haben und die nach einem Wort des Reichsanzalters Brining bisher allein die Opfer des Abrüstungsgebankens sind, sondern auch gegenüber dem Abrüstungsgebanken überhaupt.

Es ist klar, daß, wenn die Abrüstungskonferenz nicht zu einer für die abgerüsteten Staaten tragbaren Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung gelangt, der Gedanke der Abrüstung an sich ganz formlos zusammenbricht.



Bitte, erklären ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen.

Räume es zu einer solchen Abmachung auf Grund meiner Vorschläge, die bei gutem Willen und bei genügender Großzügigkeit auf allen Seiten auch jetzt noch erreichbar ist, so würde die politische Schlagkraft des nationalen Bürgerturns bei der Befähigung der Dinge in Kämpfen und darüber hinaus zu dem erhofften Erfolge führen."

Deutschnationale Antwort an Dingeldey

Auf den Vorschlag Dingeldeys, die Listen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verbinden und nach dem Stärkeverhältnis vom 30. September 1930 die Bestimmungen zu vereinfachen, hat der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Jannover in einem seiner persönlichen Verantwortung entziehenden Schreiben geantwortet, daß Dr. Hugenberg bereits nach Süddeutschland abgereist ist (sowie Widerspruch und Ablehnung selbst in eigenen Reihen erlitten hätte), daß die früheren Stärkeverhältnisse nicht mehr als maßgeblicher Maßstab dienen könnten. Herr Dingeldey habe keine neue Einstellung zu einem Zeitpunkt beantragt, der, wie er selbst wisse, es rein technisch unmöglich mache, die etwa in Betracht kommender Gruppen für ernsthafte Verhandlungen zusammenzufassen. Unter diesen Umständen wird Ihr nach Ihrer bisherigen Haltung überwachender Brief von vielen als ein Verzicht aufgefaßt werden, sich in letzter Stunde der Verantwortung für die Ablehnung des deutschnationalen Sammelvorschlages zu entziehen. Es sei im übrigen anzunehmen, daß Dr. Hugenberg noch persönlich zu dem Brief Dingeldeys Stellung nehmen werde.

Die Hausdurchsuchung bei der NSDAP.

Material an den Oberrichtsamt weitergeleitet.

Berlin, 5. April.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, es hätten sich aus dem der Nationalsozialistischen Partei beschlagnahmten Material Inhaltspunkte dafür ergeben, daß hoch- und landesverräterliche Handlungen (Derart militärischer Geheimnisse durch Führer der Nationalsozialistischen Partei) vorgenommen worden seien. Der Polizeipräsident in Berlin hat das entsprechende Material dem Oberrichtsamt übermittle.

Einzelheiten können wegen der gesetzlichen Bestimmungen über die Strafverfahren in Landesverratsachen (§ 11 des Gesetzes vom 3. 6. 1914) nicht mitgeteilt werden.

SA-Räume des Berliner Parteihauses geschlossen

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, werden die Räume der SA, und SS, im Parteihaus des Gans Berlin der NSDAP, bis auf weiteres geschlossen. Die Stubenräume bleiben von dieser Maßnahme unberührt.

Räumung am 5. April.

Der Polizeipräsident hat dem Gau Berlin der NSDAP eine Verfügung zugestellt, in der unter Bezugnahme auf die bekannten Vorgänge am 2. April und unter genauer Beschreibung der einzelnen Räume, die der SA, zur Verfügung stehen, angeordnet wird, daß diese Räume bis zum 5. April mittags 12 Uhr zu räumen sind. Sollten die SA-Räume andere Räume zur Verfügung gestellt werden sollten, würde der Polizeipräsident das ganze Haus der SA einschließlich aller Büroräume usw. schließen.

Die Polizeiaktion gegen die NSDAP.

Erster Bericht des preussischen Innenministers über die Untersuchung des bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Materials.

Berlin, 6. April.

Der preussische Minister des Innern, Seegering, veröffentlicht eine außerordentlich umfangreiche Mitteilung über die Untersuchung des bei der Polizeiaktion gegen die NSDAP beschlagnahmten Materials. Darin heißt es u. a.:

„Die Nationalsozialisten entfallen nach einheitlichen genauen Richtlinien in ihrem log. Nachrichtendienst eine Spitzelstätigkeit, wie sie nicht umfangreicher gedacht werden kann. Das Schwergewicht dieser Tätigkeit liegt bei den „Kerngruppen“ der Untergruppen (Gaufraktionen), denen besonders bestellte Nachrichtenleute bei den Standards (Regimenten der SA) und Sturmabteilungen (Stabkommandos) als Hilfsorgane zur Verfügung stehen. Nach einem Befehl dieser Abteilung I der Untergruppen-Division Ostmark in Frankfurt a. D. vom 2. Februar 1932 hat sich das Nachrichtenwesen „auf jede Tätigkeit befremdeter oder inkompatibler Verbände, auf die Tätigkeit des Staates und einer sämtlichen Organe wie Regierung, Polizei, Reichswehr“, sowie auf die Tätigkeit der Gegner“ zu erstrecken. Zur laufenden Ergänzung einer bei der Untergruppe angelegten Kartei ist ferner über die Tätigkeit der einzelnen Organe und Führer zu berichten; bei den staatlichen Organen ist nach Möglichkeit die politische Einstellung, eventuell gegnerischer Art, festzustellen und zu melden.

In Berlin, Köln, Hamburg, Oberhausen, Offen, Wuppertal, Altona, Harburg-Wilhelmsburg z. B. sind genau bis ins Einzelne gehende Aufstellungen über